

Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4 Standpunkt**
Innenstädte: Mit Steuern steuern oder mit Steuern gestalten?
- 6 Forschung & Publikationen**
Kommunale Bodenpolitik neu aufstellen
- 24 Neue Projekte**
Auszubildende schieben Klimaschutz in Kommunen an
- 31 Veranstaltungen**
Kultur in Zeiten der Pandemie

Editorial

Standpunkt

- 4 Innenstädte: Mit Steuern steuern oder mit Steuern gestalten?

Forschung & Publikationen

- 6 Kommunale Bodenpolitik nachjustieren und neu aufsetzen
- 7 Pandemie-Folgen: Kultur, Sport und soziale Angebote werden leiden
- 8 Neue Instrumente für die nachhaltige Stadtentwicklung
- 10 Umfrage zu Klimaschutz, erneuerbaren Energien und Klimaanpassung
- 11 Photovoltaik und solare Wärmenetze für den Klimaschutz in Kommunen
- 12 Mit flexiblen On-Demand-Angeboten ÖPNV-Bedarfsverkehr modernisieren
- 14 Mit intelligenten Stellplatzkonzepten nachhaltige Mobilität voranbringen
- 15 „Moderne Stadtgeschichte“ feiert Jubiläum: 50 Jahre Stadtgeschichte
- 21 Fachkräftebedarf – Flaschenhals in den Kommunalverwaltungen?
- 22 Planung blau-grün-grauer Wasserinfrastrukturen in der Stadt

Neue Projekte

- 24 Klimaaktive Kommunen
- 24 Azubis für mehr Klimaschutz
- 25 Radverkehr fördern
- 25 Start-up in Kiel!

Veranstaltungen

- 26 Veranstaltungsübersicht
- 27 Und sie regt sich doch! - Kultur in Zeiten der Pandemie
- 28 Was geht? Rausgehen ist das neue Ausgehen
- 29 Innovative Lösungen für Kommunen und Regionen vorgestellt
- 30 Kommunale Klimakonferenz 2020 mit vorbildlichen Klimaschutzaktivitäten

Nachrichten & Service

- 16 Was ist eigentlich ein Bürgerentscheid?
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwanderer
- 20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
- 31 Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2021“ gestartet!
- 32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Difu-Inter-/Extranet
- 35 Difu-Presseresonanz

Editorial



Foto: Annette Koroll

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach wie vor prägt die Pandemie unser Leben. Die Geräusche, Gerüche und Geschwindigkeiten in den Städten verändern sich, Funktionen und Qualitäten der Städte sind im Pausen-Modus, Kultur, Handel und Gastronomie kämpfen um ihre Existenz, die Menschen verändern sich.

Die Folgen werden über die Pandemie hinausreichen. So boomt beispielsweise der Online-Handel, die Transformation der Innenstädte – oder generell der Zentren – wird an Dynamik gewinnen, die Idee städtischer Treffpunkte, Kommunikationsräume und „Erlebnisknoten“ gerät in Gefahr.

Prof. Dr. Carsten Kühl thematisiert in seinem Standpunkt in diesem Berichte-Heft die Frage, ob die derzeit diskutierte Paketsteuer die Lösung sein kann und welche alternativen und konsequenteren Maßnahmen jetzt notwendig und Erfolg versprechend sind.

Daneben geben wir in diesem Berichte-Heft wie immer einen Einblick in hochaktuelle Themen-Klassiker, mit denen sich das Difu beschäftigt, und die sich fast immer um das Bestreben der Kommunen zu einer nachhaltigen und generationengerechten Stadtentwicklung drehen. Dazu gehört die Auseinandersetzung mit einer am Gemeinwohl orientierten kommunalen Bodenpolitik ebenso wie Handlungsmodelle für die Infrastrukturplanung, in Klimaschutz- und Klimaanpassung oder im Rahmen der Verkehrswende.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Luise Adrian
Kaufmännische Geschäftsführerin

Innenstädte: Mit Steuern steuern oder mit Steuern gestalten?

Nach der Pandemie wird eine Revitalisierung der Innenstädte nötig sein. Manche Einzelhändler und Gastronomen werden die Pandemie nicht überstehen. Rettet uns eine Paketsteuer? Oder sind die Prioritäten der Kommunalhaushalte anzupassen?

Im politischen Berlin wird die Einführung einer Paketsteuer für den Onlinehandel gefordert. Sie soll zwei Effekte erzielen: erstens die Wettbewerbsvorteile des Onlinehandels gegenüber dem stationären Einzelhandel durch eine Verteuerung des Versandhandels reduzieren und zweitens Steuereinkommen generieren, das für die Revitalisierung der Innenstädte nach Corona benötigt wird.

Solche „Lenkungssteuern“ sind Verbrauchsteuern. Sie belasten Bezieher niedriger Einkommen relativ stärker als höherer Einkommen und ihr Steuereinkommen lässt sich nur schwer den Kommunen zurechnen, in denen Verbraucher mit der Paketsteuer belastet werden. Eine Paketsteuer würde deshalb wie andere indirekte Steuern vom Bund erhoben und vereinnahmt. Sie könnte zweckgebunden eingesetzt werden – auch wenn das im deutschen Steuersystem bisher (aus guten Gründen: Nonaffektationsprinzip) nicht üblich ist. Die Steuereinnahmen könnten dann nach einem Schlüssel auf die Kommunen verteilt werden.

Systematisch betrachtet stellt sich dabei die Frage, ob es ähnlich wie bei Ökosteuern sogenannte externe Effekte gibt, die mit Onlinehandel verbunden sind und durch die Paketsteuer kompensiert (internalisiert) würden. Bei der Ökosteuer sollen z.B. Belastungen der Umwelt, die nicht in der unternehmerischen Kosten- und Preiskalkulation berücksichtigt werden, „eingepreist“ werden.

Der Versandhandel unterscheidet sich vom stationären Handel im Wesentlichen durch die Anlieferung der Waren, die wiederum überwiegend mit CO₂-Emissionen verbunden ist. Es ist wenig überzeugend, aus diesem Grund eine spezielle Paketsteuer einzufordern. Es gibt bereits eine CO₂-Abgabe, mit der die Umweltbelastung des motorisierten Individualverkehrs besteuert wird und die zumindest kalkulatorisch auch in die Preise der Onlineprodukte einfließt. Kunden des stationären Einzelhandels, die mit dem eigenen Pkw in die Innenstadt kommen, erzeugen letztlich aus dem gleichen Grund wie der Onlinehandel umweltschädliche Emissionen. Außerdem: Müsste die Paketsteuer dann auch bei denen erhoben werden, die ihre Waren mit E-Fahrzeugen oder Lastenrädern anliefern lassen? Müssten auch die stationären Einzelhändler die Steuer entrichten,

die ihren Verkauf auf Onlinehandel, z.B. in Kombination mit stationären Verkaufs- und Showrooms, umstellen, um den veränderten Konsumentenpräferenzen Rechnung zu tragen und um ihre Wettbewerbsposition zu stärken?

Andere argumentieren, der Onlinehandel beschädige das öffentliche Gut „Funktionalität der Innenstadt“, ohne dass die Nutznießer sich an dem Schaden beteiligen. Die Begründung ist theoretisch überzeugend, aber daraus abgeleitete Maßnahmen sind schwer umsetzbar. Wer legt den Maßstab für Beeinträchtigung der Funktionalität fest? Und wie viele verschiedene Abgaben müssen erhoben werden, um alle potenziellen Beeinträchtigungen der Funktionalität der Innenstadt zu bepreisen? Letztlich muss jede Abgabenerhebung dem verfassungsrechtlichen Gleichbehandlungsgebot standhalten.

Im Kern geht es um die Bedrohung des Einzelhandels und der Innenstädte durch den Onlinehandel. Es geht also um fairen oder unfairen unternehmerischen Wettbewerb und darum, wie die Städte den Folgen eines potenziellen Strukturwandels für ihre Innenstädte begegnen sollten.

Unfairer Wettbewerb liegt aber nicht per se dann vor, wenn sich Konsumentenpräferenzen verändern und Marktanteile verschieben. Im Gegenteil: Das ist wettbewerbspolitisch grundsätzlich erwünscht. Es deutet aber vieles darauf hin, dass es keinen fairen Wettbewerb zwischen dem stationären Einzelhandel und den großen international agierenden Onlineanbietern gibt. Reine Onlinehändler sind per Definition schon nicht stationär und haben deshalb die besten Voraussetzungen, um internationale Steuergestaltungs- und letztlich Steuervermeidungspotenziale zu nutzen. Die daraus resultierenden Wettbewerbsvorteile sind eklatant. Während Amazon es in den Jahren 2017 und 2018 geschafft hat, sein unternehmerisches Ergebnis so zu gestalten, dass in den USA keine Steuerzahlungen angefallen sind, muss ein stationärer Einzelhändler in der Rechtsform einer Personengesellschaft seine Gewinne über 58.000 Euro in Deutschland mit 42 Prozent versteuern. Es ist Aufgabe der staatlichen Regierungen möglichst auf OECD-Ebene diesem Missstand – wenigstens durch eine unternehmerische



Fotos: Difu



Prof. Dr. Carsten Kühl
+49 30 39001-214
kuehl@difu.de



Mindestbesteuerung und eine einheitliche Steuerbemessungsgrundlage – zu begegnen.

Viele Beschäftigungsverhältnisse bei großen Online-Anbietern – auch in Deutschland – sind prekär. Schlechte Bezahlung, schlechte Arbeitsbedingungen, unterdrückte betriebliche Mitbestimmung. Das gilt übrigens auch für die Lieferfirmen, die für die Onlinehändler arbeiten. Es ist Aufgabe der nationalen Arbeitsmarktpolitik, diesen Missständen entgegenzuwirken.

Andererseits leidet der Einzelhandel gerade in innerstädtischen Lagen unter zum Teil übersteuerten Mietbedingungen. Renditegesteuerte Immobilienfonds und vermachtete Märkte sind Ursache dafür, dass die Mieten einen immer höheren Anteil der Betriebskosten im Einzelhandel ausmachen. Auch hier besteht Handlungsbedarf auf Seiten der nationalen Regulatorik.

Der Politik wird es vermutlich nicht möglich sein, kurzfristig die ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteile der Onlinehändler zu beseitigen. Sie sollte sie aber jetzt und konsequent angehen. Für ein zügiges Handeln bestehen zwei Optionen: Die Überbrückungshilfen müssen während der Pandemie solange fortgeführt werden, wie erwartet werden kann, dass Geschäfte nicht auch ohne die Pandemie in die Insolvenz geraten würden. Und es müssen von Seiten des Bundes gezielte Förderprogramme aufgelegt werden, die eine Neuausrichtung der Geschäftsmodelle des stationären Einzelhandels unterstützen, z.B. die Transformation zu stationären Angeboten in Kombination mit onlinegestützten Lieferangeboten. Solche Maßnahmen wären wirksamer und zielgerichteter als die künstliche Verteuerung von Onlineangeboten durch eine Paketsteuer.

Das Stadtbild wird sich nach Corona verändern, und zwar nicht zum Guten. Manche Einzelhändler

und Gastronomen werden die Pandemie wirtschaftlich nicht überstehen. Andere werden wegen des veränderten Konsumverhaltens einen Teil ihrer Läden schließen und parallel ins Onlinegeschäft einsteigen. Der Bedarf an Büroflächen – auch in innerstädtischen Lagen – wird zurückgehen, weil die Pandemie aufgezeigt hat, wo private und öffentliche Dienstleister Effizienzpotenziale durch die Ausweitung von Homeoffice nutzen können. Es ist eine originäre Aufgabe der Städte den drohenden Leerstand so zu gestalten, dass lebendige und funktionierende Innenstädte mit neuen Konzepten, die der jeweiligen örtlichen Situation angepasst sind, erhalten bleiben. Zum Beispiel Flächen für soziale Einrichtungen, Räume für kulturelle Angebote, mehr (bezahlbaren) Wohnraum in innerstädtischen Quartieren. Was dabei jeweils angemessen ist und was durchgesetzt werden kann, unterliegt dem Diskurs der Stadtgesellschaft und dem Stellenwert, den die politisch Verantwortlichen vor Ort dieser Aufgabe beimessen.

Diese wichtige Gestaltungsaufgabe erfordert öffentliche Mittel. Eine nachhaltige Stadtentwicklung kostet Geld. Die Einnahmen aus einer systematisch inkonsistenten und in ihrem Aufkommen unsicheren Paketsteuer erscheinen verlockend, sind aber das falsche Instrument. Bund und Länder werden dazu neigen, den Kommunen zu erklären, dass sie mit der Erhebung der Paketsteuer ihre „Schuldigkeit getan haben“. Transformationsprozesse in der Stadtentwicklung sind jedoch kommunale Kernaufgabe. Städten und Gemeinden sind daher die hierfür notwendigen Steuermittel in angemessener Höhe bereitzustellen, wenn deren eigene Finanzkraft nicht ausreicht: Über den kommunalen Finanzausgleich und durch entsprechende Programmlinien im Städtebauförderungsgesetz, das schon immer den Anspruch hatte, neue Herausforderungen in der Stadtentwicklung planerisch und fiskalisch zu begleiten.

zum Weiterlesen



Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2017): Online-Handel – Mögliche räumliche Auswirkungen auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren. Bonn; www.difu.de/11255

Bunzel, Arno und Kühl, Carsten (2020): Stadtentwicklung in Coronazeiten – eine Standortbestimmung, Berlin; www.difu.de/15641

Arndt, Wulf-Holger und Klein, Tobias (Hrsg.) (2018): Lieferkonzepte in Quartieren – die letzte Meile nachhaltig gestalten, Berlin; www.difu.de/11852

Kühl, Carsten und Pätzold, Ricarda (2020): Gewerbeimmobilien unter Druck, in: Wirtschaftsdienst, 100. Jahrgang, Heft 9/2020; www.bit.ly/3aaz0t1

Kühl, Carsten (2020): Stadt und Handel, auf einzelhandel.de; www.bit.ly/3acMKDy

Kommunale Bodenpolitik nachjustieren und neu aufsetzen

Kommunen können durch strategische Bodenpolitik die verloren gegangene Handlungsfähigkeit sowie Gestaltungsoptionen für die Stadtentwicklung zurückgewinnen. Dies zeigt eine vom Difu in Kooperation mit 14 deutschen Städten durchgeführte Studie.

Die „Bodenfrage“ ist mitnichten neu, sie spitzt sich allerdings immer weiter zu. Dies bekommen vor allem die stark wachsenden Stadtregionen zu spüren, weil Flächen für Wohnungsbau, für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für soziale, kulturelle, sportliche, gesundheitliche Zwecke, für Freizeit und Erholung im öffentlichen Raum und auch für Klimaschutz und -anpassung knapp werden. Der Boden wird mehr und mehr zur entscheidenden Frage für die Entwicklungsfähigkeit der Kommunen. Steigende Bodenpreise bewirken zusätzlich, dass auch die Finanzierung der genannten Aufgaben und ganz allgemein der Daseinsvorsorge zunehmend unter Druck gerät. Was zunächst die Kommunen und den Staat trifft, muss am Ende von Verbraucher*innen, Nutzer*innen und Steuerzahler*innen bezahlt werden.



Foto: Ricarda Pätzold, Difu

Mit dem nun veröffentlichten Bericht werden konkrete Empfehlungen vorgelegt, wie Städte zu einer konsistenten und effektiveren Bodenpolitik kommen können und welche konkreten Gestaltungsoptionen hierfür von Bedeutung sind. Dabei geht es vor allem um eine bessere Verzahnung von Liegenschaftspolitik, Stadtentwicklung und Stadtplanung. Denn eine aktive Bodenpolitik setzt das Zusammendenken von räumlicher Entwicklung und Liegenschaften voraus. Eine wirksame kommunale Bodenpolitik erfordert deshalb eine ressortübergreifend getragene kommunale Gesamtstrategie, welche an die Stelle von Einzelentscheidungen tritt und stadtentwicklungs- und liegenschaftspolitische Strategien und Instrumente konsequent bündelt. Dabei geht es zunächst darum, den strategischen, operativen und finanziellen Nutzen zu erkennen, der mit einer aktiven Liegenschaftspolitik verbunden sein kann. Gemeinwohl und Nachhaltigkeit sind hierfür die Leitlinien. Neben der Sichtung des Liegenschaftsportfolios und der Überprüfung aktueller Zweckbindungen müssen der Erhalt und die Erweiterung des nicht zweckgebundenen Liegenschaftsvermögens (Flächenreserve) im erforderlichen Umfang sowie die langfristige Sicherung der am gemeinwohlorientierten Nutzung bei der Vergabe (Konzeptvergabe, Erbbaurecht etc.) in den Blick genommen werden. Städte müssen auch in 50 Jahren noch in der Lage sein, auf eigenen Flächen Entwicklungen zu initiieren, die von anderen Marktakteuren nicht zu erwarten sind.

Die Bodenfrage wird damit zur Schlüsselfrage für eine nachhaltige, am Wohl der Allgemeinheit ausgerichtete Entwicklung unserer Städte und Gemeinden. Dieser Befund gab Anlass für ein Kooperationsprojekt des Deutschen Instituts für Urbanistik mit 14 Städten, deren Ausgangslage und stadtspezifischen Ziele zum Teil erheblich variieren. Beteiligt waren Berlin, Braunschweig, Dresden, Frankfurt, Hamm, Heidelberg, Karlsruhe, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Potsdam, Oldenburg und Stuttgart. Begleitet und unterstützt wurde das Vorhaben von den Fachkommissionen „Stadtentwicklung“ und „Liegenschaften“ des Deutschen Städtetags. Gemeinsames Ziel aller war es, Möglichkeiten und Chancen der Neujustierung der kommunalen Bodenpolitik auszuloten.

Der Bericht enthält zahlreiche Hinweise, wie eine in diesem Sinne effektive Liegenschaftspolitik ausgestaltet werden kann. Auch die Schnittstelle zu den großen Aufgaben der Stadtentwicklung in der Innenentwicklung und bei der Entwicklung neuer Baugebiete wird aufgegriffen und es werden Hinweise zur strategischen Nutzung des städtebaulichen Instrumentariums gegeben. Diese reichen von Baulandmodellen, über städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen bis hin zu Vorkaufsrechten und Milieuschutzsatzungen. Schließlich werden mit dem Bericht auch Empfehlungen an Bund und Länder formuliert. Denn die öffentliche Hand darf den „Schatz“ ihres Liegenschaftsvermögens nicht achtlos aus der Hand geben und sie darf nicht selbst zum Preistreiber auf den Immobilienmärkten werden.



www.difu.de/16293



Prof. Dr. Arno Bunzel
+49 30 39001-238
bunzel@difu.de

Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de

Pandemie-Folgen: Kultur, Sport und soziale Angebote werden leiden

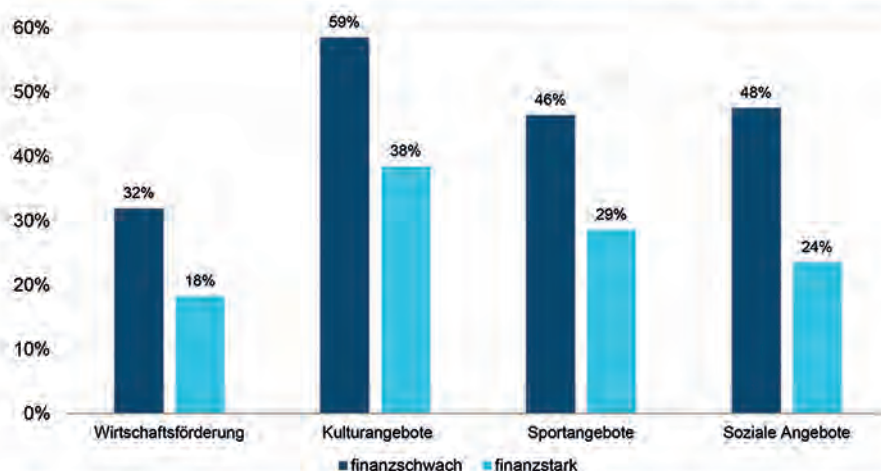
Für die kommunalen Haushalte wird die Corona-Lage zu einer zunehmenden Belastungsprobe. Investitionen zeigen sich noch robust – Digitalisierungsinvestitionen werden sogar ansteigen.

Eine Vorabauswertung des vom Difu für die KfW-Bankengruppe erstellten „Kommunalpanel 2021“ zeigt, dass die öffentliche Investitionstätigkeit in Kommunen noch der Krise trotzt. Allerdings trübt sich das Bild gerade bei finanzschwachen Kommunen deutlich ein. Mittelfristig besteht die Gefahr, dass es vor allem bei Ausgaben für freiwillige Aufgaben zu Einsparungen kommt. Freiwillige Aufgaben in den Bereichen Kultur, Sport und Soziales sind für die Daseinsvorsorge und die Lebensqualität in Deutschland von großer Bedeutung – gerade auch in einer Post-Corona-Zeit. Die Befragungsergebnisse zeigen, dass sich die Lage im Laufe des Jahres keinesfalls entspannt hat. Im Gegenteil: Rund 73 Prozent der Kommunen geben an, dass sich die Finanz- und Haushaltslage – bezogen auf die Einnahmen – schlechter oder sogar deutlich schlechter darstellt, als noch zu Beginn der Krise zu befürchten war. Auch bezogen auf die Ausgaben hat ein erheblicher Anteil der Kommunen eine pessimistischere Einschätzung als im Frühjahr. Zwar gehen rund 54 Prozent der Kommunen davon aus, dass die Ausgabensituation im Vergleich zur Einschätzung im Mai 2020 unverändert ist. Zugleich bewerten jedoch auch 43 Prozent die aktuelle Ausgabensituation als schlechter oder deutlich schlechter. Dabei hat sich bei über einem Drittel der Kommunen sowohl

die Einnahmen – als auch die Ausgabensituation verschlechtert. Insgesamt rechnen 85 Prozent der Kammereien – im Vergleich zur Lage vor der Pandemie – mit sinkenden Einnahmen für 2021 und die Folgejahre. Trotz der zu erwartenden Mindereinnahmen werden für eine Mehrheit der Kommunen vor allem Investitionen in die Digitalisierung wichtiger. 64 Prozent rechnen mit „eher“ bzw. sogar „stark steigenden“ Investitionsausgaben für die Digitalisierung. Hart wird es voraussichtlich den Kultur- und Sportbereich treffen: Angesichts der zu erwartenden Mindereinnahmen infolge der Pandemie gehen 42 Prozent (Kultur) bzw. 32 Prozent (Sport) der Kommunen davon aus, dass sie künftig in diesen Bereichen weniger Geld ausgeben werden. Auch für sonstige soziale Angebote, wie z.B. für Jugendliche oder Senior*innen, die nicht bereits über die Leistungen der Sozialhilfe rechtlich fixiert sind, gehen 27 Prozent der Kommunen von einer Ausgabenreduzierung aus. Über die vier abgefragten Aufgabenbereiche – Kultur, Sport, Soziales, Wirtschaftsförderung – hinweg erwartet ein deutlich größerer Anteil finanzschwacher Kommunen einen Rückgang als dies unter finanzstärkeren Kommunen der Fall ist. Es besteht die Gefahr, dass sich die seit Jahren bestehenden Ungleichheiten zwischen den Kommunen in Deutschland erneut verschärfen werden.

Corona-Auswirkungen

Besonders finanzschwache Kommunen rechnen mit geringeren Ausgaben für freiwillige Aufgaben



Quelle: Vorabauswertung der Difu-Befragung für das KfW-Kommunalpanel 2021; 2/2021, Lesehilfe: Dargestellt ist der Anteil der Kommunen, die in den genannten Bereichen „eher“ und „stark“ sinkende Ausgaben infolge der Krise erwarten, jeweils unterschieden nach schwacher und starker Finanzkraft der Kommunen.



Neue Instrumente für eine nachhaltige Stadtentwicklung

Wo stehen die Kommunen auf dem Weg zu den Nachhaltigkeitszielen der UN, insbesondere bei Klimaschutz und Klimaanpassung? Das Difu hat mit der Bertelsmann Stiftung und weiteren Partnern die SDG-Indikatoren für Kommunen weiterentwickelt.



Vor zwei Jahren wurden die SDG-Indikatoren für Kommunen – das Kennzahlensystem, mit dem abgebildet werden kann, welche Beiträge eine Kommune zur Erreichung der Sustainable Development Goals leistet – veröffentlicht. Inzwischen sind die Indikatoren weiterentwickelt worden. Daher wurden eine neue Publikation sowie begleitende Angebote für Städte und Gemeinden erarbeitet.

Insgesamt 120 Indikatoren können nun für das Monitoring der kommunalen Nachhaltigkeitsleistung wie mit einem Baukastensystem angezeigt und angewendet werden. Jede Kommune kann daher einzelne Indikatoren verwenden, verändern, ergänzen oder auch nicht berücksichtigen – je nachdem, wie es zum jeweiligen Ort passt. Das begleitende SDG-Portal, das 2019 mit dem UN-SDG-Action-Award ausgezeichnet wurde, ermöglicht neben der Darstellung von Indikatorendaten tausender Kommunen, sich mit weiteren Kommunen eines gleichen Typs, d.h. mit ähnlichen Strukturmerkmalen, zu vergleichen und von etwa 200 dargestellten Praxisbeispielen zu lernen.

Die Bedeutung der Kommunen für die Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele wurde und wird, auch vor dem Hintergrund der Pandemie, seitens der Politik, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft immer wieder hervorgehoben. Im Rahmen der Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ hat das Deutsche Institut für Urbanistik

im Auftrag und gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung und den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag), dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und der deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas bereits 2018 einen ersten Aufschlag für ein umfassendes Monitoring zum Status quo der SDGs auf kommunaler Ebene erarbeitet. Der erste Indikatorenkatalog „SDG-Indikatoren für Kommunen“ beinhaltet 47 Kernindikatoren zur quantitativen Abbildung jener Ziele und Unterziele der Agenda 2030, die in einem aufwändigen und partizipativ angelegten Prozess als relevant für deutsche Kommunen bewertet wurden. Die seitdem vorgenommene Evaluierung, Erprobung und Weiterentwicklung der Indikatorik resultierte in 120 neuen oder aktualisierten Indikatoren. So werden nun über 60 Prozent der für Kommunen relevanten Unterziele messbar. Nicht zuletzt eigens entwickelte Index-Indikatoren führten insbesondere bei SDG 3 „Gesundheit“, SDG 11 „Städte“, SDG 12 „Produktion“, SDG 13 „Klimaschutz“ sowie SDG 15 „Leben an Land“ zu einer Verbesserung des Monitorings.

Mit dem zum Deutschen Nachhaltigkeitstag veröffentlichten Indikatorenkatalog und dem Relaunch des SDG-Portals, das die dazugehörigen Daten



Oliver Peters, M.Sc.
+49 30 39001-204
opeters@difu.de

Dr. Jasmin Jossin
+49 30 39001-200
jossin@difu.de

**Dipl.-Umweltwiss.
Anne Roth**
+49 221 340308-22
roth@difu.de

Dipl.-Geogr. Jan Walter
+49 221 340308-26
walter@difu.de

für alle Landkreise sowie für Städte und Gemeinden ab 5.000 Einwohner*innen zur Verfügung stellt, werden nun umfassende Möglichkeiten für Kommunen bereitgestellt, um die Umsetzung einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu unterstützen. Dabei wird das SDG-Portal ständig aktualisiert und erweitert: So werden in Kürze beispielsweise auch Handlungsempfehlungen für Kommunen mit einem gemeinsamen „SDG-orientierten Kommunaltyp“ zur Verfügung gestellt.

Der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel zählen zu den größten Herausforderungen in Kommunen, sodass sie einen besonderen Stellenwert in der Debatte um eine nachhaltige Entwicklung einnehmen – fälschlicherweise werden Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung oftmals gleichgesetzt. Trotz dieser Bedeutung fehlt es in diesem Bereich an einer breiten Wissensbasis, die verschiedene Ebenen und Perspektiven betrachtet sowie an Indikatoren, die mit kleinräumigen und hochwertigen Daten hinterlegt werden können. Vor diesem Hintergrund widmete sich der projektbegleitende Monitorbericht 2020 dem Schwerpunkt Klima und Energie. Drei zentrale Fragestellungen werden im Bericht adressiert: Wo stehen die Kommunen im Bereich Klimaschutz und -anpassung, welchen Einfluss haben Kommunen auf die nationale Treibhausgas-Bilanz und Zielerreichung im Klimaschutz und wie wird das Engagement der Kommunen im Klimabereich von den Bürger*innen wahrgenommen? Zur Beantwortung dieser komplexen Forschungsfragen wurde ein umfassender Methodenmix bestehend aus Kommunal- und Bevölkerungsbefragung, Interviews von Gute-Praxis-Kommunen und der Auswertung bestehender Daten angewendet.

Im Ergebnis zeigt sich, dass die Umsetzung von Klimaschutz und Klimaanpassung im Sinne der Agenda 2030 viele Kommunen noch immer vor nicht unerhebliche Herausforderungen stellt, in denen Zielkonflikte vermieden und Synergien ausgenutzt werden müssen. Dabei können Treibhausgas-Bilanzen den kommunalen Klimaschutz unterstützen und die Aktivitäten steuern, aber nicht alle kommunalen Klimamaßnahmen abbilden. Der zunehmende Anteil an Kommunen, die kontinuierlich Treibhausgas-Bilanzen erstellen, zeigt mehrheitlich auf, dass ihre Emissionen über alle Sektoren hinweg über die Jahre gesunken sind.

Mit Blick auf die Energiewende fällt allerdings auf, dass die SDGs insgesamt vergleichsweise unpräzise und ergänzungsbedürftig formuliert sind, um streitsicher über eine Zielerreichung urteilen zu können. Deshalb empfiehlt es sich, dass Kommunen sich klare Ziele bezüglich des Ausbaus erneuerbarer Energieträger, der Verbesserung der Energieeffizienz sowie Handlungsmöglichkeiten

bezüglich der Energiesuffizienz setzen, die im Einklang mit den im Pariser Klimaschutzabkommen getroffenen Zielen stehen. Dies gilt in ähnlicher Form auch für den Bereich Klimaanpassung, in dem es bislang noch weniger gelungen ist, konkrete Ziele zu formulieren. Nach wie vor werden (auch) auf kommunaler Ebene die beiden Aufgaben Klimaschutz und Klimaanpassung oft parallel bearbeitet, ohne dass in hinreichender Weise Synergien genutzt werden.

Seitens der Bürger*innen zeigt sich ein zunehmendes Bewusstsein, dass angesichts des fortschreitenden Klimawandels Handlungsbedarf besteht. Ein Großteil der Bürger*innen spürt die Klimaveränderungen in der eigenen Stadt oder Gemeinde und geht davon aus, dass sich der Klimawandel auf das eigene Leben insgesamt „eher negativ“ bzw. „negativ“ auswirken wird, wie die zugrundeliegende repräsentative Bevölkerungsbefragung zeigt. Rund ein Viertel der deutschen Bevölkerung sieht die Risiken, die der Klimawandel mit sich bringen wird, jedoch (noch) nicht.



Insgesamt bestätigt sich der Eindruck, dass sich immer mehr Kommunen auf den Weg machen und sich systematisch mit den lokalen Herausforderungen des Klimawandels befassen. Dieser sich hoffentlich noch beschleunigende Trend leistet einen entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung.

zum Weiterlesen



www.difu.de/16324
www.difu.de/16115
www.sdg-portal.de

Monitor Nachhaltige
 Kommune Bericht 2020
 – Schwerpunkt Klima und
 Energie (wird in Kürze im
 Repository hinterlegt)

Umfrage zu Klimaschutz, erneuerbaren Energien und Klimaanpassung

Nach Maßnahmen, Erfolgen, Hemmnissen und Entwicklungen rund um das Thema Klimaschutz und Klimaanpassung befragte das Difu die Kommunen 2020. Im Fokus standen auch Extremwetterereignisse. Die Ergebnisse sind als Difu-Paper veröffentlicht.

Die Aufmerksamkeit für Themen rund um Klimaschutz und Klimawandel hat seit 2019 zu Recht einen deutlichen Aufschwung erfahren. Um die Entwicklungen und den Bedarf der Kommunen in diesem Themenfeld einschätzen zu können, befragt das Difu sie seit 2008 alle vier Jahre. Ziel ist es, Informationen über neue Maßnahmen und Projekte zum kommunalen Klimaschutz, zur Nutzung erneuerbarer Energien und zu kommunalen Anpassungsstrategien an den voranschreitenden Klimawandel zu gewinnen. An der Umfrage 2020 haben sich 200 Kommunen beteiligt.

Ausgewählte Umfrageergebnisse wurden als Difu-Paper veröffentlicht – hier ein erster Einblick: Bei der Erstellung von Klimaschutzkonzepten konnten 87 Prozent der antwortenden Kommunen bereits Aufschluss über ihre spezifischen Potenziale in ihren unterschiedlichen Handlungsfeldern erlangen und zugleich Prioritäten festlegen sowie Synergien zwischen verschiedenen Einzelmaßnahmen erschließen. Zudem ermöglichen kommunale CO₂-Bilanzen eine Bewertung und Kontrolle von bereits durchgeführten Maßnahmen im Klimaschutz und können als Indikator für die Entwicklung sowie als Entscheidungsgrundlage für weitere Maßnahmen herangezogen werden. 62 Prozent der teilnehmenden Kommunen melden eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes in ihren kommunalen Einrichtungen. Im Durchschnitt sanken dort die CO₂-Emissionen um 27 Prozent,

zurückzuführen vor allem auf Energiesparmaßnahmen und eine Steigerung der Energieeffizienz. Im Gegensatz dazu wurde im Verkehrsbereich eine Erhöhung des CO₂-Ausstoßes bei 48 Prozent der antwortenden Kommunen verzeichnet.

Im Schwerpunkt „Klimawandel in Kommunen“ zeigt sich eine signifikante Zunahme von Extremwetterereignissen: Im Vergleich zu 2008 wird deutlich, dass über alle Extremwetterereignisse hinweg auch die mehrmalige Betroffenheit stark angestiegen ist. Neben den Starkniederschlägen ist für die Kommunen vor allem bei Hitze- und Dürreperioden eine erhöhte Virulenz zu verzeichnen. Bedeutsam sind diese Entwicklungen nicht nur für die Umsetzung von kommunalen Maßnahmen und Planungsprozessen sondern auch mit Blick auf Gesundheitsprävention und Objektschutz.

Klimafolgenanpassungen sind ebenso wie Klimaschutzmaßnahmen bereits heute zwingend zu berücksichtigen, um Spätschäden, Gefahren und Folgekosten zu vermeiden. Die defizitäre Haushaltslage einiger Kommunen, der Sanierungstau bei vielen Liegenschaften, Personalmangel oder fehlendes Fachpersonal erschweren jedoch teilweise Investitionen und damit die Umsetzung von Maßnahmen für mehr Klimaschutz- und Klimaanpassung.



Extremwetterereignisse in Kommunen

Mehrfachnennungen möglich; 2020, n=169; 2016, n=254; 2012, n=180; 2008, n=98

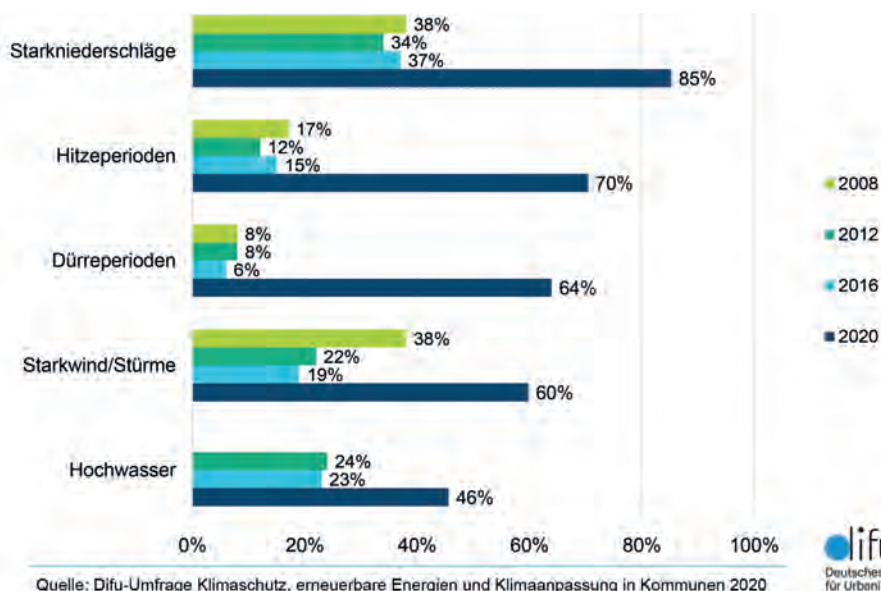


www.difu.de/16344



Dipl.-Ing.
Cornelia Rösler
+49 221 340308-18
roesler@difu.de

Julius Hagelstange
+49 221 340308-24
hagelstange@difu.de



Photovoltaik und solare Wärmenetze für den Klimaschutz in Kommunen

Zwei neue Publikationen rücken die Nutzung erneuerbarer Energien in Kommunen in den Fokus. Die in der Online-Serie #Klimahacks erschienenen Ausgaben widmen sich den Themen Photovoltaik auf kommunalen Dächern sowie solaren Wärmenetzen.



Für die Erreichung der nationalen Klimaschutzziele sind erneuerbare Energien sehr wichtig. Damit die Energiewende gelingen kann, kommt es vor allem auf zwei wesentliche Dinge an: die Reduktion des Energiebedarfs und der Einsatz erneuerbarer Energien. Gerade Kommunen übernehmen bei der Energiewende eine tragende Rolle. Vor diesem Hintergrund befassen sich die zwei neuen Ausgaben der #Klimahacks-Reihe mit dem Thema Klimaschutz und erneuerbare Energien. Beide Publikationen zeigen auf, wie man sich die Strahlkraft der Sonne zu Nutze machen kann.

Solare Stromgewinnung: Die Ausgabe No. 6 der #Klimahacks-Reihe befasst sich mit dem Potenzial kommunaler Dachflächen zur Installation von Photovoltaik-Anlagen. Denn auf dem Weg zu 100 Prozent erneuerbarer Energien im Strombereich bildet der Photovoltaik-Ausbau einen wesentlichen Eckpfeiler. Gerade Kommunen können hier mit gutem Beispiel vorangehen und geeignete Dachflächen ihrer kommunalen Liegenschaften für die Photovoltaik nutzen. Herzstück dieser Ausgabe ist eine detaillierte Kurzanleitung, die Auskunft über die wichtigsten Schritte auf dem Weg zur kommunalen PV-Dachanlage gibt, angefangen von der Auswahl geeigneter Dachflächen über Fragen des Denkmalschutzes bis hin zum Betrieb der Anlage.

Solare Wärmeerzeugung: In der #Klimahacks-Ausgabe No. 7 wird das Thema kommunale Wärmenetze genauer unter die Lupe genommen. Wärme trägt zu etwa 50 Prozent zum deutschen

Endenergieverbrauch bei, weshalb im Zuge der Energiewende vor allem in diesem Bereich sowohl auf eine Reduktion als auch auf den Einsatz erneuerbarer Energien gesetzt werden muss. Ziel dieser #Klimahacks-Ausgabe ist es daher, zunächst über die verschiedenen erneuerbaren Wärmequellen zu informieren, aus denen sich ein zentrales Wärmenetz zusammensetzen kann. Im Fokus stehen solare Wärmenetze, die in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen haben, vor allem im Bereich der städtischen Wärmeversorgung. Denn gerade in dicht besiedelten urbanen Räumen bieten Wärmenetze eine Möglichkeit, um Stadtquartiere oder Mehrfamilienhäuser mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Das verdeutlichen auch die zahlreichen Praxisbeispiele, die in dieser Ausgabe vorgestellt werden und als Motivation für interessierte Kommunen dienen sollen.

Als digitales „Flipbook“ erreichen die #Klimahacks durch ihr multimediales Online-Format eine besonders hohe Leserfreundlichkeit. Interaktive Grafikelemente liefern detaillierte Informationen und verdeutlichen Arbeitsabläufe. Praxisnahe Videoclips sind direkt in das Flipbook eingebettet. Jede Ausgabe enthält zudem eine Linkliste zu kommunalen Praxisbeispielen sowie zu anderen aktuellen Veröffentlichungen zum jeweiligen Themenschwerpunkt. Die #Klimahacks erscheinen im Rahmen des Difu-Projekts „Neue Impulse im kommunalen Klimaschutz (NIKK)“, das über die Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums gefördert wird.



www.difu.de/16300
www.difu.de/15704



Paul Ratz, M.Sc.
 +49 221 340308-11
 ratz@difu.de

Dipl.-Geogr. Jan Walter
 +49 221 340308-26
 walter@difu.de

Mit flexiblen On-Demand-Angeboten ÖPNV-Bedarfsverkehr modernisieren

Was bei der Modernisierung flexibler und nachfrageorientierter Angebote im öffentlichen Personennahverkehr zu beachten ist, zeigen aktuelle Erfahrungen aus dem vom Difu für die Region Hannover umgesetzten Forschungsprojekt „On demand besser ans Ziel!“.



Bild: Region Hannover

Der bereits seit Jahrzehnten etablierte Bedarfsverkehr des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ergänzt oder ersetzt den Linienverkehr in nachfrageschwachen Zeiten und Gebieten. Bedarfsverkehr ermöglicht es, insbesondere in ländlich geprägten Räumen, die Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Allerdings wird ÖPNV-Bedarfsverkehr selten zu attraktiven Angeboten weiterentwickelt und offensiv beworben.

Neue flexible Angebote liegen aktuell im Trend. Vielerorts entwickeln sich neue Mobilitätsangebote, die auf Abruf angeboten und als Sammelverkehr organisiert werden. Diese On-Demand-Mobilitätsdienste haben auch das Interesse der ÖPNV-Branche geweckt. Den ÖPNV-Aufgabenträgern stellen sich in diesem Zusammenhang u.a. folgende Fragen:

- Bietet sich durch On-Demand-Verkehr die Möglichkeit, dem ÖPNV-Bedarfsverkehr einen Modernisierungsschub zu geben?
- Könnten attraktive First- und Last-Mile-Angebote als Zubringer zu Haltestellen an Hauptlinien des Busverkehrs oder Bahnstationen geschaffen werden?
- Und kann so das Netz enger geknüpft werden?

Die Herausforderung für ÖPNV-Aufgabenträger und Anbieter von On-Demand-Verkehr besteht darin, einen Evolutionsprozess für die Angebote zu initiieren, sodass der bisher unter limitierten Anforderungen erprobte Verkehr dem komplexen Anforderungsprofil eines ÖPNV-Angebots gerecht wird – beispielsweise im Hinblick auf die angesprochene Zielgruppe oder die Tarifintegration. Zu nennen sind unter anderem die Umsetzung der

Barrierefreiheit, eine regelmäßige Bestellung, beispielsweise durch Berufspendelnde, sowie die zuverlässige Verknüpfung mit im Takt verkehrenden Angeboten wie S-Bahn oder Regionalbus. Auch Fragen der Anpassung des On-Demand-Verkehrs an die Anforderungen des ÖPNV sind bisher noch weitgehend unerforscht.

Diesen Fragen ging das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag der Region Hannover im Forschungsprojekt „On demand besser ans Ziel!“ im Rahmen des BMBF-Förderprogramms „MobilitätsWerkStadt2025“ nach. Die Region Hannover plant einen Modernisierungsprozess des nachfrageorientierten ergänzenden ÖPNV-Angebots auf der „Verteilungsebene“. Hier geht es um ÖPNV-Angebote bei Verbindungen mit niedriger Nachfrage, auf denen sich ein attraktiver Linienverkehr nicht realisieren lässt. Unter dem Produktnamen „sprinti“ soll ein wettbewerbsfähiger Last- und First-Mile-Baustein des ÖPNV, der an das frische Image der neuen On-Demand-Angebote anknüpft, zunächst in drei Pilotkommunen umgesetzt werden: Wedemark, in Sehnde und in Springe. Das Difu unterstützte den Prozessverlauf mit der wissenschaftlichen Begleitung des Vorhabens.

Eine neue Difu-Veröffentlichung fasst die bisher gewonnenen Erkenntnisse aus der ersten Projektphase zusammen. Die Veröffentlichung hat den Charakter eines Werkstattberichts, der einen aktuellen Diskussionsstand widerspiegelt und der über das konkrete Vorhaben in der Region Hannover hinaus Hinweise zu Aspekten gibt, die für die Umsetzung von On-Demand-Verkehr mit Integration in den ÖPNV relevant sind.



www.difu.de/16282



Victoria Langer, M.Sc.
+49 30 39001-257
langerv@difu.de

Dr. phil. Jürgen Gies
+49 30 39001-240
gies@difu.de



Mit intelligenten Stellplatzkonzepten nachhaltige Mobilität voranbringen

Wie kann Stellplatzbau in neuen Stadtquartieren umgesetzt werden, sodass Baukosten gesenkt und gleichzeitig nachhaltige Mobilität gefördert werden? Eine neue Difu-Sonderveröffentlichung (englisch und demnächst auch auf deutsch) zeigt Wege auf.

Die Regelungen zum Stellplatzbau in verschiedenen europäischen Ländern standen im Fokus des Difu-Forschungsprojekts Park4SUMP, das im Rahmen des europäischen Horizont 2020-Programms umgesetzt wird. Betrachtet werden dabei



Foto: Martina Hertel, Difu



Raum für Aufenthalt statt für parkende Fahrzeuge

vor allem neue Wohngebiete, aber auch Gebiete mit gemischter Nutzung von Wohnen und Gewerbe sind von Interesse, da diese zunehmend im Mittelpunkt von Stadterweiterungsprojekten stehen.

Bisher legt der Stellplatzschlüssel fest, wie viele Stellplätze für Pkw und Fahrräder zu errichten sind. Die Anzahl richtet sich dabei nach Wohneinheiten oder der Wohnfläche bzw. nach der Fläche für Büros, Einzelhandel und Arbeitsplätze sowie den vorgesehenen Nutzungen. In den meisten Ländern existieren „Mindeststandards“ für den Stellplatzbau. Das heißt, dass Bauträger über ihren Pflichtteil hinaus mehr bauen können, wenn sie es für notwendig halten. Feste Höchstwerte als „Maximalstandards“ begrenzen dagegen die zu bauende Anzahl der Stellplätze, um kein Überangebot an Stellplätzen zu schaffen. Hierdurch sollen nicht nur Kosten gesenkt, sondern es soll auch dem Anstieg des Pkw-Besitzes und somit langfristig dem Pkw-Verkehr entgegengewirkt werden.

Etwa 80 Prozent aller Wege beginnen und enden an der Wohnung, sodass die Verfügbarkeit von Parkmöglichkeiten an der Wohnung besonders wichtig für die Wahl des Verkehrsmittels ist. Zudem ist der Stellplatzbau ein Kostenfaktor im Wohnungsbau – Stichwort teure Tiefgarage – und

Parken benötigt Platz. Dies reduziert nicht nur die bebaubare Fläche, sondern auch Raum für Aufenthalt und Spiel. Ist das eigene Auto das nächstgelegene Verkehrsmittel zur Wohnung, ist es oft die erste Wahl. Dadurch erhöht sich der Parkdruck auch am Zielort: am Arbeitsplatz, in Einkaufszentren und bei Freizeiteinrichtungen.

Es gibt somit eine Reihe guter Gründe über eine Veränderung der Stellplatzschlüssel nachzudenken. In einer englischen Sonderveröffentlichung – auch eine deutschsprachige Version ist in Vorbereitung – werden Vorgehensweisen verschiedener europäischer Länder vorgestellt, sowie gute Praxisbeispiele, die zeigen, dass Regelungen zum Stellplatzbau ein wichtiges Steuerungsinstrument innerhalb der Stadt- und Verkehrsplanung sind.

In den meisten europäischen Ländern ist die Parkraum- und Stellplatzpolitik im Handlungsbereich lokaler Politik. Nationale oder regionale Regierungen geben hierzu meist Richtlinien vor. Wenn die kommunale Ebene Regelungen zur Stellplatzbaupflicht erlassen kann, so können drei Vorgehensweisen unterschieden werden:

- Aufhebung der Stellplatzbaupflicht, um die Baukosten zu senken: Beispiele in Deutschland sind Berlin und Hamburg,
- Reduktion der Stellplatzbaupflicht, wenn Alternativen existieren, z.B. wenn das Bauvorhaben in einem Gebiet mit guter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr liegt und/oder fundierte Mobilitätskonzepte vorliegen: Beispiele sind Freiburg/Br., Darmstadt und Graz,
- Festlegung einer Maximalzahl von Stellplätzen, d.h. Stellplatzobergrenzen für neue Gebäude: Beispiele sind Zürich und das Zentrum von London.

Die Erfahrungen mit allen drei Optionen – in verschiedenen Formen – zeigen, dass Vorgaben für die Errichtung von Stellplätzen ein äußerst wichtiges Steuerungsinstrument innerhalb der Stadt- und Verkehrsplanung sind. Die Integration einer veränderten Parkraum- und Stellplatzpolitik in den Verkehrsentwicklungsplan (VEP) oder nachhaltigen Mobilitätsplan (SUMP) ist für Kommunen empfehlenswert und grundsätzlich anzustreben.



www.difu.de/16332



Dr. phil. Jürgen Gies
+49 30 39001-240
gies@difu.de

Dipl.-Geogr.
Martina Hertel
+49 30 39001-105
hertel@difu.de

„Moderne Stadtgeschichte“ feiert Jubiläum: 50 Jahre Stadtgeschichte

Die neue Ausgabe der Zeitschrift „Moderne Stadtgeschichte“ wirft einen Blick auf die eigene Historie. Das Autorenteam nimmt den runden Geburtstag zum Anlass für eine Rückschau und Bestandsaufnahme zur historischen Stadtgeschichtsforschung.

Die neue Ausgabe der „Modernen Stadtgeschichte“ (MSG, 2/2020) ist eine ganz besondere Veröffentlichung: Sie ist die Jubiläumspublikation „50 Jahre Moderne Stadtgeschichte“. Das Gründungsjahr der Zeitschrift 1970 – damals „Informationen zur modernen Stadtgeschichte – IMS“ – ist Anlass für eine Rückschau und Bestandsaufnahme zur historischen Stadtforschung. Die Herausgeber Dieter Schott und Sebastian Haumann (Darmstadt) erinnern in ihrer Einleitung an Gründerpersönlichkeiten des Aufbruchs in der Forschung um 1970, wie z.B. Hans Herzfeld, Wolfgang Hofmann und Christian Engeli, und erläutern die Zusammenstellung des Heftes aus Berichten von Zeitzeugen und themenzentrierten Beiträgen.



Paradigmenwechsel von der Sozial- zur Kulturgeschichte in den 1980er-Jahren und deren Auswirkungen auf die historische Stadtforschung zusammen.

Der umfangreiche zweite Abschnitt bietet verschiedene Texte zur zunehmenden Öffnung der deutschen Forschung für internationale und insbesondere europäische Perspektiven. So beleuchtet Richard Rodger (Edinburgh) die Verbindungen des maßstabsetzenden Centers for Urban History an der Universität Leicester zu europäischen Forscher*innen. Marjanna Niemi (Tampere) skizziert die Entwicklung der wichtigen „European Association for Urban History“ (EAUH) mit ihren internationalen Konferenzen. Beiträge von Christoph Bernhardt (Berlin) und Geneviève Massard-Guilbaud (Lyon) sowie Tim Soens (Antwerpen) berichten, gleichfalls in europäischer Perspektive, von der dynamischen Entwicklung der Forschungen zur städtischen Umweltgeschichte.

In einem dritten Abschnitt thematisieren verschiedene Autor*innen wichtige jüngere Entwicklungen, so Heinz Reif (Berlin) die Gründung der „Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung“ (GSU) im Jahr 2000, Gisela Mettele (Jena) die Bedeutung der Kategorie „Gender“ für die historische Forschung, und Clemens Wischermann (Konstanz) die wirtschaftlichen Dimensionen der Stadtgeschichte. Eine Reflexion von Martin Knoll (Salzburg) zum Verhältnis von Stadt und Land in der Forschung sowie eine tabellarische Übersicht der Themenschwerpunkte der IMS/MSG seit ihrer Gründung runden das Jubiläumsheft ab.

Im Hinblick auf die besondere Gestaltung dieser Ausgabe beschränken sich die weiteren Beiträge auf einen Tagungsbericht von Andrea Bärnreuther (Berlin) über ein Symposium des Bauhaus-Archivs/Museum für Gestaltung unter dem Titel „Was heißt hier Haltung?“ zu Deutungsmustern in der heutigen Debatte um die berühmte Kunst- und Architekturschule, sowie auf die Zusammenstellung von Veranstaltungsterminen. Die Kürze der letztgenannten Rubrik reflektiert schlaglichtartig die außergewöhnlichen Bedingungen, mit denen in der Zeit der Covid-19-Pandemie auch die historische Stadtforschung zu kämpfen hat.

Mehrere von Clemens Zimmermann (Saarbrücken) zusammengestellte Beiträge zentraler Akteure der 1970er-Jahre reflektieren die Hintergründe und Bedingungen der Entstehung der Zeitschrift. Dieter Schott unterzieht ihre Themenschwerpunkte in den 1970er-Jahren einer reflektierenden Auswertung. Martin Baumeister (Rom) fasst eine Round-Table-Diskussion zum



www.difu.de/16222



Prof. Dr.
Christoph Bernhardt
christoph.bernhardt@hu-berlin.de

Bürgerentscheid

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt

Der Bürgerentscheid ist ein Instrument der direkten Demokratie, das auf kommunaler Ebene die Möglichkeit zur politischen Mitbestimmung bietet. Bürgerentscheide können von den Bürger*innen per Bürgerbegehren – also durch Sammlung einer bestimmten Mindestanzahl von Unterschriften Wahlberechtigter – herbeigeführt werden. Geht die Initiative von den gewählten kommunalen Vertreter*innen per Mehrheitsbeschluss aus, wird von einem Ratsbegehren gesprochen.

In einem Bürgerentscheid entscheiden die Bürger*innen einer Kommune direkt über eine kommunalpolitische Sachfrage. Mit ihrem Kreuz bei JA oder NEIN auf die zur Abstimmung gestellte Frage kann eine bereits beschlossene Maßnahme verhindert, verändert oder eine neue Maßnahme durchgesetzt werden. Der Bürgerentscheid hat also die gleiche Wirkung wie der Beschluss des Gemeinde- bzw. Stadtrates. In einem Bürgerbegehren dürfen nur diejenigen abstimmen, die zu den Kommunalwahlen wahlberechtigt sind.

Ein Bürgerentscheid ist dann erfolgreich, wenn er zwei Hürden überspringt: Die Mehrheit der Abstimmenden muss ihm zustimmen und diese Mehrheit muss zudem einen bestimmten Anteil an allen Stimmberechtigten ausmachen (Erfolgs- oder Zustimmungsquorum).

„Durch Bürgerentscheide haben Bürger*innen die Chance, direkt und verbindlich über geplante Projekte zu entscheiden.“

2019 wurden knapp 360 kommunale Bürgerentscheide eingeleitet, mehr als 40 Prozent davon in Bayern, während in Bremen und Berlin 2019 kein Verfahren registriert wurde. Das liegt daran, dass die Kommunalverfassungen der Länder unterschiedliche Regelungen aufweisen. So unterscheiden sich beispielsweise das notwendige Zustimmungsquorum sowie die jeweiligen Negativkataloge, in denen die Themen aufgeführt sind, die von einem Begehren ausgeschlossen sind, z. B. die Abstimmung über Haushaltsfragen oder die Verwaltungsorganisation.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189



Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

So geht's

Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen

Uta Bauer (Hrsg.)

2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, zahlreiche Abb. und Fotos, 39 €

ISBN 978-3-88118-643-8, **eBOOK** 33,99 €

Vielfalt gestalten

Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann, Gudrun Kirchhoff, Ricarda Pätzold, Wolf-Christian Strauss (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 Seiten, kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-6

➔ www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan-Hendrik Trapp (Hrsg.),

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €

ISBN 978-3-88118-584-4

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Von Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S.,

vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €

ISBN 978-3-88118-579-0

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen

Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S.,

zahlreiche Abbildungen, 39 €

ISBN 978-3-88118-534-9, **eBOOK** 33,99 €

Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden

Von Jens Libbe unter Mitarbeit von

Klaus J. Beckmann, 2014, Bd. 13, 212 S., 29 €

ISBN 978-3-88118-529-5

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.

Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013

Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-

Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €

ISBN 978-3-88118-508-0, **eBOOK** 33,99 €

Difu-Arbeitshilfen

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch 3. Auflage

A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz,

M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S.,

zahlreiche Satzungsmuster, 29 €

ISBN 978-3-88118-526-4

Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise

Von Marie-Luis Wallraven-Lindl u.a.,

2011, 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35 €

ISBN 978-3-88118-498-4, **eBOOK** 29,99 €

Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl,

A. Strunz, 2010, 188 S., 30 €

ISBN 978-3-88118-486-1

Difu-Impulse

Vielfalt und Sicherheit im Quartier

Konflikte, Vertrauen und sozialer Zusammenhalt in europäischen Städten

Gabriel Bartl, Niklas Creemers, Holger Floeting

(Hrsg.)

Bd. 3/2020, 182 S., 20 €

ISBN 978-3-88118-667-4, **eBOOK** 16,99 €

Verkehrswende nicht ohne attraktiven ÖPNV

Wie lassen sich große ÖPNV-Projekte

erfolgreich umsetzen?

Jürgen Gies (Hrsg.)

Bd. 2/2020, 104 S., 18 €

ISBN 978-3-88118-648-3, **eBOOK** 15,99 €

Checkpoint Teilhabe

Kinder- und Jugendhilfe + BTHG –

Neue ganzheitliche Lösungen entwickeln!

Veranstaltungsdokumentation

Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“

Bd. 1/2020, 160 S., 20 Euro

ISBN 978-3-88118-653-7, **eBOOK** 16,99 €

Was gewinnt die Stadtgesellschaft durch saubere Luft?

Die lebenswerte Stadt: Handlungsfelder und Chancen

Von Tilman Bracher u.a., Bd. 2/2019, 68 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-642-1, **eBOOK** 12,99 €

Öffentlichkeitsbeteiligung beim Netzausbau

Evaluation „Planungsdialog Borgholzhausen“

Von Stephanie Bock, Jan Abt, Bettina Reimann

Bd. 1/2019, 98 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-640-7, **eBOOK** 12,99 €

Straßen und Plätze neu entdecken – Verkehrswende gemeinsam gestalten

Fachtagungsdokumentation

M. Hertel, T. Bracher, T. Stein (Hrsg.)

Bd. 8/2018, 90 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-625-4, **eBOOK** 12,99 €

Junge Flüchtlinge – Perspektivplanung und Hilfen zur Verselbstständigung

Veranstaltungsdokumentation

Dialogforum (Hrsg.), Bd. 7/2018, 188 S., 20 €

ISBN 978-3-88118-626-1, **eBOOK** 16,99 €

Neue Konzepte für Wirtschaftsflächen

Herausforderungen und Trends am Beispiel des Stadtentwicklungsplanes Wirtschaft in Berlin

Von S. Wagner-Endres u.a.

Bd. 4/2018, 84 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-614-8, **eBOOK** 12,99 €

Lieferkonzepte in Quartieren – die letzte Meile nachhaltig gestalten

Lösungen mit Lastenrädern, Cargo Cruisern

und Mikro-Hubs, W. Arndt und T. Klein (Hrsg.)

Bd. 3/2018, 96 S., **eBOOK** 12,99 €

★ Difu-Papers

Klimaschutz, erneuerbare Energien und Klimaanpassung in Kommunen

Maßnahmen, Erfolge, Hemmnisse und Entwicklungen – Ergebnisse der Umfrage 2020

Von J. Hagelstange, C. Rösler und K. Runge

2021, 24 S., nur online

➔ www.difu.de/15789

Altersarmut in Städten

Kommunale Steuerungs- und Handlungsmöglichkeiten. Von Beate Hollbach-Grömig u.a.

2020, 56 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

➔ www.difu.de/15789

Kommunale Wirtschaftsförderung 2019

Strukturen, Aufgaben, Perspektiven: Ergebnisse der Difu-Umfrage

Von Sandra Wagner-Endres

2020, 42 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

➔ www.difu.de/15617

Smart Cities in Deutschland – eine Bestandsaufnahme

Von Jens Libbe und Roman Soike

2017, 28 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

➔ www.difu.de/11741

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

www.difu.de/publikationen

eBooks: <http://difu.ciando-shop.com/info/einside/> – Info für Zuwender: www.difu.de/12544

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 39001-275, Mail: vertrieb@difu.de

★ Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos, die mit Stern gekennzeichneten Publikationen gibt es exklusiv für Zuwender auch digital.

Veröffentlichungen

Berichte 1/2021

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch/nur als Download)

Corona-Update Kommunalfinanzen: Die Zitterpartie dauert 2021 weiter an **NEU**

Von Christian Raffer, Henrik Scheller u.a., KfW Bankengruppe (Hrsg.)
2021, 5 S., nur online
➔ www.difu.de/16338

Parking Standards as a Steering Instrument in Urban and Mobility Planning **NEU**

How to make parking standards more sustainable
Von Jürgen Gies, Martina Hertel, Susan Tully
2021, 40 S., nur online
➔ www.difu.de/16332

Monitor Nachhaltige Kommune – Bericht 2020 **NEU**

Schwerpunktthema Klima und Energie
Von J. Jossin u.a., Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
2021, 140 S., nur online
➔ www.difu.de/16324

DStGB-Dokumentation „Kommunen innovativ“ **NEU**

Ansätze für eine zukunftsorientierte Entwicklung von Städten und Gemeinden
Von Stephanie Bock und Julia Diringer, DStGB und Difu (Hrsg.)
2021, 36 S., nur online
➔ www.difu.de/16323

Studie Lokale Ökonomie BIWAQ **NEU**

ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier – BIWAQ“. Projektabschlussbericht
Von Stefan Schneider u.a., BBSR (Hrsg.)
2021, 73 S., nur online
➔ www.difu.de/16327

#Klimahacks No. 7 – Mach Dein Projekt zu solaren Wärmenetzen **NEU**

Eine Anleitung für mehr Klimaschutz
Difu (Hrsg.), 8 S., nur online
2021, 56 S., nur online
➔ www.difu.de/16300

Aktive Bodenpolitik – Fundament der Stadtentwicklung **NEU**

Bodenpolitische Strategien und Instrumente im Lichte der kommunalen Praxis
Von L. Adrian, A. Bunzel, D. Michalski, R. Pätzold
2021, 115 S., online und kostenlose Printversion
➔ www.difu.de/16296

Mit On-Demand-Angeboten ÖPNV-Bedarfsverkehre modernisieren **NEU**

Werkstattbericht zu Chancen und Herausforderungen
Von Jürgen Gies und Victoria Langer, BMBF (Hrsg.)
2021, 55 S., nur online
➔ www.difu.de/16282

Vom Stadtumbau zur städtischen Transformationsstrategie **NEU**

Von R. Riechel, H. Scheller, J. Trapp, J. Libbe u.a., BBSR (Hrsg.)
2020, 94 S., nur online
➔ www.difu.de/16357

Klimaschutz & Ressourceneffizienz

Ressourcen schonen und zugleich das Klima schützen – Beispiele aus der kommunalen Praxis
Difu (Hrsg.), Franziska Wittkötter (Bearb.)
2020, 80 S., nur online
➔ www.difu.de/16245

Planerische Machbarkeitsstudien zur Umsetzung blau-grün-grau gekoppelter Infrastrukturen in Berlin **NEU**

Potenziale und Umsetzungsmöglichkeiten am Beispiel eines Stadtumbaugebietes und Neubauvorhabens
Von Jan-Hendrik Trapp u.a.
2020, 38 S., nur online
➔ www.difu.de/16244

Bestand und Zustand des gemeindlichen Straßennetzes in Sachsen-Anhalt **NEU**

Mittel- und langfristige Investitionsbedarfe
Von Christian Raffer u.a.
2020, 37 S., nur online
➔ www.difu.de/16173

Partizipation im kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement **NEU**

Methoden für die Praxis
Von R. Knipp u.a. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
2020, 86 S., nur online
➔ www.difu.de/16163

Klimaschutz & Kommunikation

Kommunen machen Klimaschutz zum Thema
Difu (Hrsg.), Marco Peters (Bearb.)
2020, 56 S., nur online
➔ www.difu.de/16129

SDG-Indikatoren für Kommunen

Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen
Bertelsmann Stiftung, Difu, DST u.a. (Hrsg.)
2020, 208 S., nur online
➔ www.difu.de/16115

Innovative Instrumente zum Flächensparen und zur Förderung der Innenentwicklung

Von Thomas Preuß u.a., UBA (Hrsg.)
2020, 337 S., nur online
➔ www.difu.de/16078

Klimaschutz in finanzschwachen Kommunen: Mehrwert für Haushalt und Umwelt

Eine Handreichung für Kommunen
Von Corinna Altenburg u.a.
2020, 31 S., kostenlos, auch online
➔ www.difu.de/15833

Kommunale Antworten auf die globale Corona-Krise: Finanzen, Innovationskraft und Lebensqualität verbessern **NEU**

Kurzexpertise im Auftrag des DST
Von Carsten Kühl, Henrik Scheller u.a.
2020, 26 S., nur online
➔ www.difu.de/15723

Emissionen sparen, Platz schaffen, mobil sein

Handlungsleitfaden City2Share
Uta Bauer, Thomas Stein, Victoria Langer (Hrsg.)
2020, 68 S., kostenlos, auch online
➔ www.difu.de/15889

„Gute Governance“ für gesellschaftliche Integration

Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe in Klein- und Mittelstädten
Von T. Franke, R. Pätzold, B. Reimann
2020, 56 S., kostenlos, auch online
➔ www.difu.de/15791

Stadtentwicklung in Coronazeiten

Von Arno Bunzel und Carsten Kühl
2020, 36 S., nur online
➔ www.difu.de/15641

Stadt und Krise – Gedanken zur Zukunft

Berichte – Das Magazin des Difu, Sonderheft
2020, 36 S., nur online
➔ www.difu.de/15533

Klimaschutz in Kommunen

Praxisleitfaden. 3. Aufl., 2018, 454 S., nur online
ISBN 978-3-88118-585-1
➔ www.difu.de/11742

Zeitschrift

50 Jahre Moderne Stadtgeschichte

Moderne Stadtgeschichte
MSG, Halbjahresschrift, Heft 2/2020, 184 S.
Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 Euro

Spaces of Fear – Angsträume

Moderne Stadtgeschichte
MSG, Halbjahresschrift, Heft 1/2020, 184 S.
Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 €

★ Dokumentationen

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen **NEU**

Rita Gräber (Bearb.), 2020, 174 S.
Einzelband 27 €, Jahresabo 20 €
➔ www.difu.de/16340

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung 2020 **NEU**

Christine Bruchmann, Jan Treibert (Bearb.)
2020, 210 S.,
Einzelband 36,40 €, Jahresabo 28 €
➔ www.difu.de/16341



Foto: Marcus Sielaff

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Städte, Verbände und Planungsgemeinschaften

Wichtigste Kooperationspartner des Difu sind seine Partnerstädte. Das sind Städte, aber auch Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften, die besonders eng mit dem Difu kooperieren und das Institut durch eine jährliche Zuwendung unterstützen. Durch die enge Kooperation mit ihnen sorgt das Difu dafür, dass sich seine Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse in allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene kommunalbezogene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung, moderiert den kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet umfangreiche Serviceleistungen an:

Persönliche Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Zuwendungsstädten und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

➔ www.difu.de/12807

Fortbildung

Ob vor Ort oder am Berliner Standort, die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. In diesem Fall lohnt sich die Zuwenderschaft besonders: Für Zuwander gelten stark reduzierte Seminarbeiträge.

➔ www.difu.de/12805

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu

lernen. Das Difu bietet regelmäßige Treffen an – teilweise exklusiv für Zuwander.

➔ www.difu.de/6263

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu z.B. als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Kostenbeteiligungen an Studien sind für Zuwander günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand.

➔ www.difu.de/projekte

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet – auch aus dem Homeoffice

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Berichte über Difu-Fortbildungen, „Virtuelle“ Tagungsmappen, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Zuwander können sich über exklusive Neuerscheinungen auch per RSS-Feed informieren. Auch aus dem Homeoffice ist der Zugang für Zuwanderstädte möglich (Verwaltungsmitarbeitende und Ratsmitglieder senden hierzu einen Passwort-Antrag an das Difu: s. zweiter Link).

➔ www.difu.de/extranet

➔ www.difu.de/6334

Kostenfreier Zugang in die Difu-Datenbank ORLIS

Die Online-Recherchen in der Difu-Literaturdatenbank ORLIS ist nur für Zuwander kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu umfangreichen Informationen über kommunalrelevante Literatur – teilweise im Volltext.

➔ www.difu.de/37

Alle Neuerscheinungen kostenfrei im Regelversand

Zuwander erhalten die gedruckten Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen automatisch kostenfrei zugesandt. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwander Publikationen auch als PDF oder eBook an, grundsätzlich kostenfrei. PDFs können direkt im Extranet heruntergeladen werden, eBooks z.B. über den Ciando-Shop:

➔ Publikationen: www.difu.de/publikationen

➔ eBook-Bezug: www.difu.de/12544

➔ eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com/>

Ausführlichere Infos über Zuwander-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

➔ www.difu.de/6207



Sybille Wenke-Thiem

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Difu-Beitritt und Zuwander
+49 30 39001-208/209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol.

Patrick Diekelmann

Beratung eBooks
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Susanne Plagemann, M.A.

Internet/Extranet
+49 30 39001-274
plagemann@difu.de

Dipl.-Geogr.

Ulrike Wolf

Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von
Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
www.difu.de

Redaktion
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) unter
Mitarbeit von Leonie Yelda Grönlund,
Vera Gutofski, Johannes Maximilian Holz,
Dr. Sinje Hörlin, Luisa Sophie Müller

Grundgestaltung/CD
3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout
Vera Gutofski

Fotos
Fotos ohne Angabe: www.pixabay.com bzw.
www.unsplash.com
Herzlichen Dank an alle Fotografierten
sowie an die Plattformen für die kostenfreie
Bereitstellung!

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler
Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001-208, Fax -130
presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise
Jahrgang 47/vierteljährlich
ISSN 1439-6343
Stand: 26.2.2021

Druck
oeding print GmbH, Braunschweig.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier.
Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft.
100 Prozent PEFC.

Zweitverwendung der Beiträge:
Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link/-PDF an die
Difu-Pressestelle erbitten.

Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Website & Projektwebsites

Immer auf dem neusten Stand: Difu-Forschung,
-Fortbildung, -Veröffentlichungen und vieles
mehr ist auf der Difu-Website zu finden – und
auch auf den verschiedenen Projekt-Websites,
die das Difu im Rahmen seiner Projekte betreibt:

- ➔ www.difu.de/
- ➔ www.difu.de/15196

Difu-Magazin Berichte – auch online

Das Difu-Magazin informiert vierteljährlich über
Forschungsergebnisse, Standpunkte, neue
Publikationen, Projekte, Veranstaltungen und
vieles mehr. Die Berichte erscheinen als Print-
und Online-Version. Der Umstieg auf die papier-
lose Version hat viele Vorteile: Umwelt schonen,
Platz sparen, früher informiert sein – und das
Difu von den Portokosten entlasten. Der Wechsel
ist einfach: E-Mail-Adresse online eintragen und
absenden. Eine Bestätigung folgt per Mail.
Senden Sie anschließend einfach eine Mail an
presse@difu.de und teilen uns mit, welche Post-
adresse wir streichen dürfen. Beim Erscheinen
eines neuen Hefts erhalten eAbonnent*innen
eine E-Mail mit dem Link zum aktuellen Heft
(PDF). Durch das Online-Abo erhalten sie das
Heft ca. zwei Wochen vor dem Erscheinen der
Printausgabe, da Druck- und Versandzeiten ent-
fallen. Das Archiv reicht bis 1996 zurück.

- ➔ www.difu.de/15194 (Verteileraufnahme)
- ➔ www.difu.de/12801 (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“

Alle zwei Wochen informiert der kostenfreie
E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über interes-
sante neue Inhalte auf der Difu-Homepage.

- ➔ www.difu.de/newsletter

Veröffentlichungen

Viele Publikationen stehen kostenlos zum
Download auf der Difu-Homepage zur Verfü-
gung. Andere können als Printexemplare oder
eBooks käuflich erworben werden.

- ➔ www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsserie

Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die
gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-
Dialoge zur Zukunft der Städte“ an, die sich
bei jedem Termin mit einem anderen aktuellen
Thema zur Zukunft der Städte befasst.

- ➔ www.difu.de/veranstaltungen

Social Media-Kanäle

Über Facebook und Twitter kommuniziert das
Difu aktuelle „teilenswerte“ Neuigkeiten aus
dem Institut bzw. zu allen kommunal relevanten
Themen. Ausgewählte öffentliche Difu-Veran-
staltungen können auf Youtube live verfolgt oder
„nachgesehen“ werden:

- ➔ www.facebook.com/difu.de
- ➔ www.twitter.com/difu_d
- ➔ www.bit.ly/2KwY0QG (Youtube)

Presseverteiler

Die Pressemitteilungen informieren über
medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut.

- ➔ www.difu.de/13168

RSS-Feeds

Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen,
Publikationen, Projekten, Ausschreibungen

- ➔ www.difu.de/15162



Fachkräftebedarf: Flaschenhals in den Kommunalverwaltungen?

In einem internen Forschungsprojekt hat sich das Difu mit dem Thema Fachkräftebedarfe von Kommunen in Zeiten von „Arbeit 4.0“ befasst und dabei den Status quo, die Veränderungstreiber und Handlungsmöglichkeiten aufgearbeitet.

Der wachsende Fachkräftebedarf in Wirtschaft, Politik und Verwaltung ist seit den 1990er-Jahren Gegenstand öffentlicher Debatten. In den Kommunalverwaltungen und städtischen Unternehmen ist er mittlerweile so groß, dass aufgrund fehlender Personalkapazitäten Förderprogramme des Bundes und der Länder vielfach nur mit erheblichem Zeitverzug ausgeschöpft werden, Investitionen aufgeschoben oder gar nicht getätigt und öffentliche Dienstleistungen nur mit Einschränkungen erbracht werden können.

Im Zuge notwendiger Haushaltskonsolidierungen der letzten beiden Jahrzehnte mussten Kommunen oft auf die Nachbesetzung offener Stellen verzichten. Auch die Übergabe und Sicherung von Wissensbeständen ausscheidender Mitarbeiter*innen wurde vernachlässigt. 2017 war ein Viertel der kommunalen Beschäftigten 56 Jahre oder älter. Ähnlich angespannt ist die Lage in kommunalen Unternehmen und Eigenbetrieben, z.B. in der Energie-, Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft, oder auch in den Bereichen Kinderbetreuung sowie Fahrpersonal im ÖPNV. Auch öffentliche Verwaltungen mit Fachkräftebedarf sind von dem Wandel in der Arbeitswelt, der das individuelle Verständnis von Arbeit verändert, betroffen.

Zu einem der wichtigsten Entwicklungsgebiete, die die Herausbildung einer neuen „Arbeit 4.0“ befördern, zählen Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) einschließlich der damit einhergehenden Veränderungen der soziokulturellen Wertewelten. Darüber hinaus lässt sich auch bei Arbeitnehmer*innen ein wachsendes Bedürfnis nach individuellen Arbeitsbedingungen und -zeiten sowie ausgewogener Work-Life-Balance beobachten.

Die Kommunen können der Herausforderung fehlender Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt nur bedingt steuernd entgegenwirken. Gleichwohl haben etliche Städte verschiedene Maßnahmen entwickelt, um zumindest die Rahmenbedingungen zur allgemeinen Fachkräftegewinnung und -bindung vor Ort zu verbessern. Dies zeigt die Bestandsaufnahme eines Difu-Projekts. Dazu zählen beispielsweise Maßnahmen zur Steigerung der Standort- und Lebensqualität einer Kommune insgesamt sowie der Verwaltung im Besonderen.

Gute Erfahrungen haben Städte dabei mit Rückkehrer- bzw. Kontakthalte-Programmen zu Jugendlichen gemacht, die ausbildungsbedingt abwandern. Auch eine gezielte Öffnung der Verwaltung für Menschen mit Migrationshintergrund und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für ältere Beschäftigte in Form von Altersteilzeitmodellen, Ergonomie am Arbeitsplatz und Angeboten für ein lebenslanges Lernen zählen dazu.



Eine moderne Verwaltungsorganisation ist eine weitere Handlungsoption für Kommunen, um dem wachsenden Fachkräftebedarf zu begegnen. Dazu zählen Effizienzsteigerungen durch Digitalisierung und ein strategisches Wissensmanagement, mit dem auf eine Entwicklung der Verwaltung als „lernende Organisation“ hingearbeitet wird. Für die Fachkräftegewinnung von IT-Spezialisten, Ingenieuren und Kita-Personal werden in vielen Kommunen auch „Paketangebote“ geschnürt: Stellenangebote werden dabei mit nicht-monetären Anreizen versehen (z.B. Wohnung, Jobticket, Kita-Platz oder Dienstfahrrad). Zur Attraktivitätssteigerung tragen auch neue Beschäftigungs- und Arbeitszeitmodelle durch Möglichkeiten der raum-zeitlichen Entkopplung der Arbeit vom Beschäftigungsort bei (z.B. „Crowd-Sourcing“, „Cloud-Working“).

Das Thema Fachkräftegewinnung und -bindung ist daher ein ressortübergreifendes Querschnittsthema, das beispielsweise eine Kooperation von Personalmanagement und Wirtschaftsförderung verlangt, um so nicht nur den Bedarf ortsansässiger Unternehmen, sondern auch den verwaltungs-internen Eigenbedarf zu decken. Dazu bedarf es kohärenter Strategien und konkreter Maßnahmen.



www.difu.de/publikationen



Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Planung blau-grün-grauer Wasserinfrastrukturen in der Stadt

Machbarkeitsstudien des netWORKS4-Forschungsteams zeigen Lösungen zur Verknüpfung blauer, grüner und grauer Infrastrukturen auf. Durch die Maßnahmen können Potenziale für eine klimagerechte Stadtentwicklung erschlossen werden.

Der Umgang mit Wasser ist in wachsenden Städten mit zunehmender Verdichtung und Versiegelung der städtischen Flächen eine große Herausforderung. Die Folgen des Klimawandels – Hitze, Trockenheit, Starkregen und Überflutungen – verschärfen diese Herausforderung. Gemeinsam mit Akteur*innen aus der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sowie der Bezirksebene hat ein Forschungsteam im Rahmen des Projekts netWORKS4 untersucht, wie durch die Verknüpfung blauer, grüner und grauer Infrastrukturen Potenziale für eine klimagerechte Stadtentwicklung genutzt werden können. Ausgangspunkt ist die Überlegung, technische Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen der Siedlungswasserwirtschaft (graue Infrastrukturen), urbanes Grün wie z.B. Gebäudebegrünung, Grünflächen,

über nichtmonetäre planerische Ziele der Gebietsentwicklung wurden für fünf verschiedene Gebietsausschnitte („Fokusgebiete“) in einem Stadtumbaugebiet im Berliner Bezirk Pankow Lösungsoptionen auf Basis blau-grün-grau vernetzter Infrastrukturen erarbeitet. Die ausgewählten Fokusgebiete liegen im Bestandsgebiet und im Gebiet einer Neubauplanung. Die im Rahmen von Workshops partizipativ entworfenen Lösungswege wurde anschließend von den Partnern im Forschungsvorhaben zu planerischen Machbarkeitsstudien ausgearbeitet und visualisiert.

Mit den Machbarkeitsstudien erhalten Akteur*innen in Stadtplanung, Politik und Wohnungswirtschaft Vorschläge für Gestaltungsvarianten vernetzter Infrastrukturen. Ergänzt werden die Darstellungen und Beschreibungen der entwickelten Maßnahmevorschlüsse und Kopplungsbeispiele durch Arbeitsblätter zu nichtmonetären planerischen Zielen und zum Standort, die die Planenden in der Systematisierung von Informationen zur Auswahl geeigneter Maßnahmen unterstützen.

Die Publikation „Planerische Machbarkeitsstudien zur Umsetzung blau-grün-grau gekoppelter Infrastrukturen in Berlin. Potenziale und Umsetzungsmöglichkeiten am Beispiel eines Stadtumbaugebietes und Neubauvorhabens“ entstand im Forschungsvorhaben „Resilient networks: Beiträge von städtischen Versorgungssystemen zur Klimagerechtigkeit“ im Rahmen des netWORKS 4-Projekts. netWORKS 4 wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in der Fördermaßnahme „Nachhaltige Transformation urbaner Räume“ gefördert. Forschungs- und Projektpartner sind das ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung, das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), das Kompetenzzentrum Wasser Berlin, die Berliner Wasserbetriebe, die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen in Berlin sowie die Stadt Norderstedt und Ramboll Studio Dreiseitl.



Straßenbäume (grüne Infrastrukturen) und Wasserflächen bzw. Gewässer (blaue Infrastrukturen) so zu vernetzen, dass sie sich wechselseitig in ihren Funktionen unterstützen können.

Die Machbarkeitsstudien zeigen exemplarisch für ein Gebiet in Berlin, dass mit dem im netWORKS4-Projekt entwickelten Vorgehen integrierte Wasserkonzepte entwickelt werden können. Ausgehend von einer Verständigung



www.difu.de/16244
www.networks-group.de



Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Diana Nenz
University of Cambridge
dn319@cam.ac.uk



Klimaaktive Kommunen

Das Difu unterstützt Kommunen dabei, erfolgreiche Klimaschutzmaßnahmen vor Ort umzusetzen und zu verstetigen.

Klimaaktive Kommunen



www.difu.de/16312



Anna Hogrewe-Fuchs
+49 221 340308-16
hogrewe-fuchs@difu.de

Dipl.-Ing.

Cornelia Rösler
+49 221 340308-18
roesler@difu.de



Viele Kommunen spielen im Klimaschutz bereits eine tragende Rolle und gehen mit vorbildlichen Maßnahmen und Strategien voran. Ziel des Vorhabens ist es, diese Handlungskompetenz weiter zu stärken. Dafür sollen die Effekte erfolgreicher Aktivitäten multipliziert und weitere Kommunen angeregt werden, vorbildliche Aktivitäten nachzuahmen und von den gemachten Erfahrungen zu profitieren. Das Projekt verfolgt den Ansatz des Peer-to-Peer-Lernens, d.h. der Wissenstransfer erfolgt auf Augenhöhe über den Austausch von Ideen und Erfahrungen. Das Prinzip wurde bereits im Vorgängerprojekt erfolgreich erprobt und soll nun kontinuierlich ausgeweitet und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Als zentrales Instrument, um vorbildliche Maßnahmen zu identifizieren und durch eine öffentlichkeitswirksame Preisverleihung mit begleitender Öffentlichkeitsarbeit zu verbreiten, nutzt das Projekt den Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“. Eine jährliche kommunale Klimakonferenz dient als Bühne zur Vorstellung der Wettbewerbssieger sowie von weiteren Beispielen guter Praxis. Neben diesem breitenwirksamen Ansatz unterstützt das Projekt interessierte Kommunen vor Ort dabei, bewährte Maßnahmen auf ihren Kontext zu übertragen und die konkrete Umsetzung unter Anleitung zu simulieren. Aus dem Pool der Wettbewerbssieger der letzten Jahre wurde außerdem ein Arbeitskreis gebildet, der Feedback aus der Praxis liefert. Dieses Expertengremium hat sich bewährt, um zum einen Handlungsempfehlungen von Kommunen für Kommunen zu erarbeiten und zum anderen kommunale Themen und Bedarfe an die Bundesebene zu übermitteln.

Azubis für mehr Klimaschutz



www.difu.de/16310



Marco Peters, M.A.
+49 221 340308-27
peters@difu.de

Azubis für mehr Klimaschutz

Zur Qualifizierung von Azubis entwickelt das Difu bundesweit Kooperationen mit Klimaschutz- und Energieagenturen.



Im Pilotprojekt „Kommunale Klima- und Energiescouts“ hat das Difu bereits Auszubildende in Verwaltungen und kommunalen Eigenbetrieben als Initiatoren und Multiplikatoren für Klimaschutzaktivitäten qualifiziert. Das Projekt „Azubis für mehr Klimaschutz in Kommunen“ (AzuKlim) schließt daran an, mit dem Ziel das Modell weiterzuentwickeln, es zu einem „Roll-out“ zu bringen und schließlich zu verstetigen. Zu diesem Zweck werden im Projekt entsprechende Kooperationen und Strukturen aufgebaut sowie ein eigenes Betreibermodell entwickelt, um die Qualifizierung „Kommunaler Klimascouts“ langfristig zu verankern und sie bundesweit zu etablieren.

Als Kooperationspartner sollen Klimaschutz- und Energieagenturen auf unterschiedlichen Ebenen gewonnen und nach dem „Train-the-Trainer-Prinzip“ schrittweise in den Schulungsprozess für die Azubis eingebunden werden. Das Qualifizierungsverfahren soll schließlich sukzessive auf diese Institutionen übergehen. Zur Qualitätssicherung entwickelt das Projektteam einen Anforderungskatalog, mit dessen Hilfe ein vollständiger Organisationsaufbau zur Qualifizierung von Klimascouts sichergestellt werden kann. Damit besteht die Möglichkeit, einen Qualitätsstandard für die Weiterbildung von Azubis in Kommunalverwaltungen zu Klimascouts zu definieren und öffentlichkeitswirksam zu verbreiten. Die Projektarbeiten münden in ein umfassendes Betreibermodell zur Organisation eines verstetigten Implementierungsprozesses, das alle notwendigen Strukturen, die Konzepte und das Aufgabenspektrum sowie die erforderlichen Ressourcen benennt.

Radverkehr fördern

Neues Forschungsprojekt unterstützt Kommunen bei der Planung und Steuerung des Radverkehrs.

Radverkehr fördern



www.difu.de/16316



Thomas Stein, M.A.

+49 30 39001-181

stein@difu.de



Für viele Menschen ist das Fahrrad ein wichtiger Begleiter. Sei es als Fortbewegungsmittel, um von A nach B zu kommen, oder – wie aktuell in Zeiten der Pandemie – als Ausgleich zu Homeoffice und Homeschooling. Der Radverkehr ist aber auch ein wesentlicher Baustein der Verkehrswende. Seine zunehmende Bedeutung zeigt sich nicht zuletzt an steigenden Radverkehrsfördermitteln und den zahlreichen kommunalen Radentscheiden. Doch die Planung, Steuerung und Umsetzung von kommunalen Radverkehrsprojekten erweist sich in der Praxis oftmals als herausfordernd.

Im Fokus des Forschungsprojekts steht die Frage, was die Umsetzung ambitionierter Radverkehrspolitik hemmt. Das Projekt begleitet die drei Modellkommunen Aachen, München und Potsdam und ermittelt Stellschrauben und Optimierungspotenziale bei Planungs- und Umsetzungsprozessen kommunaler Radverkehrsprojekte. Auf dieser Basis werden konkrete Maßnahmen für eine erfolgreiche Radverkehrsförderung entwickelt und in Aktionsplänen festgehalten. Ein projektbegleitendes Städtenetzwerk stellt sicher, dass weitere kommunale Perspektiven und Erfahrungen in den laufenden Forschungsprozess einfließen.

Am Projekt beteiligt sind Expertinnen und Experten aus der kommunalen Radverkehrs- und Mobilitätsforschung, der Verwaltungswissenschaften und -digitalisierung sowie der Kommunikation und dem Changemanagement. Das Difu koordiniert das Verbundvorhaben. Projektpartner sind neben den genannten Modellkommunen das Stein-Hardenberg Institut, Green City Experience sowie der Mobilitätsexperte Burkhard Horn. Fördermittelgeber ist das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Start-up in Kiel



www.difu.de/16347



Dipl.-Ing.

Sandra Wagner-Endres

+49 30 39001-154

wagner-endres@difu.de

Oliver Peters

+49 30 39001-204

opeters@difu.de

Start-up in Kiel!

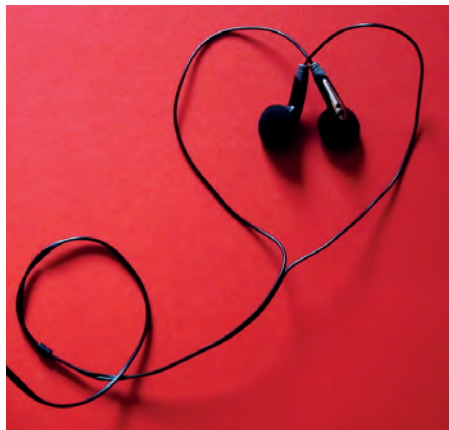
Difu entwickelt für Kiel ein strategisches Konzept als Standort für Gründer*innen und Start-ups.



Die Zahl der Existenzgründungen ist in Deutschland seit einigen Jahren rückläufig. So auch in Kiel. Ein wichtiger Grund dafür ist die – zumindest vor der COVID-19-Pandemie – sehr gute allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Als Folge gingen die aus Mangel an Beschäftigungsangeboten initiierten Gründungen zurück. Die pandemiebedingten Veränderungen in der Arbeitswelt – wie der Digitalisierungsschub und der Rückgang bzw. Wegfall von Stellenangeboten – könnten dies nun ändern. Vor diesem Hintergrund stellen sich für Politik und Stadtverwaltung die Frage, welche Bedingungen und welches Umfeld geeignet sind, um Kreativität, Gründungsideen und schließlich reale Gründungen entstehen zu lassen und wie diese gestaltet werden können.

Die Landeshauptstadt Kiel hat das Difu beauftragt, für die Stadt als Gründungsstandort ein evidenzbasiertes Strategiekonzept zu erarbeiten. Leitend für die Analyse in Kiel ist der in der Forschung aktuelle Untersuchungsansatz des „Entrepreneurial Ecosystem“. Damit zielt das Vorhaben nicht nur auf die Betrachtung der vielfältigen Akteure und ihrer Vernetzungen in der Stadt ab, sondern auch auf die spezifischen ökonomischen, kulturellen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen, die für Innovationen und Gründungen eine vorteilhafte Umgebung darstellen.

Die aus dem Projekt gewonnenen Erkenntnisse sollen – so die Absicht – auch anderen interessierten Städten zugutekommen. Geplant ist ein Workshop, in dessen Rahmen Erfahrungen ausgetauscht und Handlungsmöglichkeiten diskutiert werden können. So könnte das Kieler Konzept auch Impulse für ähnliche Überlegungen in anderen Städten geben.



Difu-Fortbildung

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) setzt bis Ende Juni 2021 – nach derzeitigem Stand – nur auf Online-Formate. Abhängig von der weiteren Entwicklung werden wir sobald wie möglich wieder Präsenzseminare in unser Veranstaltungsangebot aufnehmen. Wir sagen danke, dass Sie in der Zwischenzeit mit uns online gehen und freuen uns auf Ihre Anmeldungen.

1. Halbjahr 2021 (Auswahl)

Krisenfest und resilient: Bürgerbeteiligung weiter denken und entwickeln

Difu Online-Dialog
17. März 2021, online
➔ www.difu.de/16339

Gemeinsam handeln für urbane Sicherheit! Bürgerbeteiligung als Erfolgsfaktor

Difu-WebSeminar in Kooperation mit dem DEFUS
18.–19. März 2021, online
➔ www.difu.de/13128

Radverkehr: Förderung des BMU Online-Sprechstunde zur Kommunalrichtlinie: Antragstellung leicht gemacht!

SK:KK-WebSeminar in Kooperation mit dem Projektträger Jülich (PTJ)
22. März 2021, online
➔ www.difu.de/16352

Kommunales Energiemanagement Fachveranstaltung zu den Chancen der kommunalen Wärmewende

Difu-WebSeminar
23. März 2021, online
➔ www.difu.de/16335

Energiespar-Contracting und BMU-Fördermittel Teil III

Online-Seminarreihe von dena und SK:KK
23. März 2021, online
➔ www.difu.de/16353

Stadt im Dialog gestalten! Erfahrungsaustausch zur Beteiligungskultur

Difu-WebSeminar
23.–24. März 2021, online
➔ www.difu.de/12780

Verkehrspolitisch umsteuern! Kommunale Handlungsoptionen durch Innovationen

Difu-WebSeminar
25.–26. März 2021, online
➔ www.difu.de/15686

Literweise Klimaschutz – Wasserwende für klimafreundliche Quartiere

SK:KK-WebSeminar in Kooperation mit a tip: tap e.V.
13. April 2021, online
➔ www.difu.de/16354

Altersarmut in Städten – Kommunale Handlungsmöglichkeiten

Difu-WebSeminar
15.–16. April 2021, online
➔ www.difu.de/13115

Bauen in lärmvorbelasteten Lagen – Quadratur des Kreises?

Difu-WebSeminar
19.–20. April 2021, online
➔ www.difu.de/12790

Lastenrad und Wirtschaftsverkehr – Herausforderungen und Lösungen der urbanen Logistik

Fahrradakademie-WebSeminar
20.–21. April 2021, online
➔ www.difu.de/15989

Beteiligung bei kommunalen Verkehrsprojekten – Anforderungen und Erfahrungen

Difu-WebSeminar
22.–23. April 2021, online
➔ www.difu.de/12787

Kommunale Sportpolitik – Aktuelle Rahmenbedingungen und Lösungsansätze

Difu-WebSeminar in Kooperation mit dem DST
17.–18. Mai 2021, online
➔ www.difu.de/13107

Klimaschutz und Nachhaltigkeit – Synergien und Widersprüche

Difu-WebSeminar
20.–21. Mai 2021, online
➔ www.difu.de/15688

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen – Strategische Option für die Stadtentwicklung

Difu-WebSeminar
14.–15. Juni 2021, online
➔ www.difu.de/15689

Klimafreundlich, digital, zukunftsfest: Konferenz für Landkreise im Klimaschutz

Sonstige
14.–15. Juni 2021, online
➔ www.difu.de/16328

Fahrradstraßen – Konzepte und Umsetzung

Fahrradakademie-WebSeminar
15.–16. Juni 2021, online
➔ www.difu.de/16015

Freiraumentwicklung und Klimaanpassung – Strategien und Erfahrungen

Difu-WebSeminar
22.–23. Juni 2021, online
➔ www.difu.de/15690

Weitere Veranstaltungsangebote am Difu unter:

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

➔ www.difu.de/programm

Dialogforum Jugendhilfe

➔ www.jugendhilfe-inklusive.de

Fahrradakademie

➔ www.fahrradakademie.de

Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz

➔ www.klimaschutz.de/veranstaltungen

Einen Überblick aller Veranstaltungen sowie Details, Einzelprogramme und Online-Anmeldung stets aktuell auf der Difu-Website:

➔ www.difu.de/programm

Und sie regt sich doch! – Kultur in Zeiten der Pandemie

Wie können kulturelle Angebote zu Corona-Zeiten konzipiert werden, wenn physische Nähe riskant ist und politische Steuerungsmaßnahmen sich fortlaufend ändern? Das Difu und der Deutsche Städtetag diskutierten mit Kulturverantwortlichen der Städte.

Seit November befindet sich auch die Kulturbranche erneut im Lockdown, was viele Kulturschaffende existenziell trifft. Gegenwärtig wird noch bis ins Jahr 2022 mit wechselnden Lockerungen und Beschränkungen gerechnet. Viele Kultureinrichtungen reagieren auf diese Unwägbarkeiten mit flexiblen und kreativen Angeboten. An Beispielen aus den Städten Heilbronn und Berlin, sowie dem Anhaltischen Theater Dessau und dem TUP Essen wurden in einem Webseminar zu Beginn der 2. Welle vielfältige Alternativangebote vorgestellt, mit denen Kulturverwaltungen und Kulturschaffende während der Pandemie kulturelle Angebote zu ermöglichen versuchen.

Die in Kultureinrichtungen bis vor der Pandemie üblichen Abläufe sind derzeit vielerorts außer Kraft gesetzt: Große Inszenierungen mit aufwändiger Infrastruktur und lang vorlaufendem Probenbetrieb können bei einer phasenweisen Lockerung der Beschränkungen nicht über Nacht wieder aufgelegt werden. Bei einer Verschärfung



der Beschränkungen und daraus resultierender Einstellung des Spielbetriebs bleiben die Einnahmen aus, während vor allem die Personalkosten weiterhin bestehen. Hinzu kommt, dass große Schauspielhäuser mehrere hundert Mitarbeitende beschäftigen, was für agile Änderungen eine zusätzliche Herausforderung darstellt.

Kreativität erscheint daher als Gebot der Stunde. So setzte das TUP Essen im Frühjahr 2020 ein zehnköpfiges Team ein, dass kurzfristig neue Formate initiierte. Im Sommer spielte das Haus u.a. in kleinen Besetzungen für die Nachbarschaft auf

der Straße, mit Fensterkonzerten vor Krankenhäusern und Hospizen sowie künftig mit einem Mobilfahrzeug in Schulen. Die aus der ersten Welle der Pandemie gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Planung des TUP für die kommende Spielzeit ein. Dabei wird explizit auch dem hohen Sicherheitsbedürfnis des Publikums Rechnung getragen.

Auch das Anhaltische Theater in Dessau berichtet von Verunsicherung insbesondere bei seinem älteren Publikum, das zugleich nur bedingt über digitale Angebote zu erreichen ist. Die während der laufenden Spielzeit notwendigen Programm-Umgestaltungsmaßnahmen reichten von der Erarbeitung kurzer, kleinformatiger Inszenierungen bis zur Entwicklung kreativer Hygiene- und Abstandsregeln, die innerhalb der Instrumente und Ausdruckformen variieren. Mit vorgezogenen Theaterferien im Februar 2021 gleicht das Theater die außerplanmäßig durchgespielte Sommerzeit aus.

Am Beispiel der Stadt Heilbronn wurde deutlich, welche positive Auswirkungen die in Personalunion wahrgenommene Verantwortung für das Kultur-, das Gesundheits- und das Ordnungsamt in einer Pandemie haben kann. Diese Konstellation erweist sich als besonders hilfreich, wenn Künstler*innen – unter Beachtung geltender Corona-Regelungen – eine Fortsetzung ihrer beruflichen Tätigkeit ermöglicht, und ihnen eine Plattform für Austausch und Netzwerkbildung zwischen jungen Nachwuchskünstler*innen und ihren erfahrenen, etablierten Kolleg*innen gegeben werden soll.

Mit dem Projekt DRAUSSENSTADT wurde exemplarisch ein Förderprogramm der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa vorgestellt, das sich gezielt an Freiberufler*innen und solosalbstständige Kulturakteur*innen richtet und kreative Veranstaltungsideen im Stadtraum fördert. Anfang Oktober fand vor dem zweiten Lockdown mit dem Tag der Clubkultur die erste geförderte Veranstaltung statt. Die Realisierung weiterer Vorhaben wurde auf 2021 verschoben.

Die langfristigen Auswirkungen der Pandemie auf die kulturelle Infrastruktur und Kulturschaffende sind noch nicht abzusehen. Das Difu und der Deutsche Städtetag planen das Thema in einem Seminar in diesem Jahr weiter zu vertiefen.



www.difu.de/16314
www.difu.de/16057



Sabine Wacker
+49 30 39001-249
wacker@difu.de

Dipl.-Volkswirt
Rüdiger Knipp
+49 30 39001-242
knipp@difu.de

Was geht?

Rausgehen ist das neue Ausgehen

Zufußgehen wird in der Corona-Pandemie zum Trend. In vielen Städten wird erst dadurch bewusst, wie wenig Aufmerksamkeit dem Gehen bislang eingeräumt wurde. Was Kommunen tun können, um den Fußverkehr zu fördern, war Thema eines Difu-Seminars.



Fachleute sind sich heute einig, dass der Fußverkehr eine viel größere Bedeutung hat als ihm in der kommunalen Planung bisher zugeschrieben wird. Denn in Städten mit hoher Lebensqualität haben zu Fuß gehende Menschen Priorität. Innenstädte und Wohnquartiere werden nicht durch Autos lebendig, sondern durch Menschen, die sich in Straßenräumen fortbewegen, aufhalten, sich begegnen. Verkehrsplanung ist bislang oft vorrangig an der Leistungsfähigkeit des fahrenden Verkehrs orientiert. Was muss sich ändern, wenn andere Prioritäten gesetzt werden, der Straßenraum anders gestaltet wird? Welchen Handlungsspielraum bietet der geltende rechtliche Rahmen des Bundes und der Länder (StVG, StVO, StG)? Mit diesen Fragen im Gepäck luden die Difu-Wissenschaftlerinnen Uta Bauer und Dagmar Köhler im Januar 2021 zum zweitägigen Online-Seminar „Was geht? – Strategien, Handlungsspielraum und Inspiration für mehr Fußverkehr“ ein. Das Interesse war groß, rund 80 Mitarbeiter*innen aus Landkreisen, Kommunen, Verbänden und Planungsbüros nahmen am Seminar teil.

Der erste Seminartag war der Frage gewidmet, welche Spielräume der Rechtsrahmen bei Temporeduzierungen, fußgängerfreundlichen Querungen, der Regulierung des ruhenden Verkehrs und Gehwegbreiten lässt – und welche Grenzen noch zu beseitigen sind. Nutzen die Kommunen ihren Handlungsspielraum aus? Thomas Kiel d'Aragon vom Deutschen Städtetag lieferte Beispiele zum Flickenteppich von Tempo-30-Anordnungen besonders an Hauptverkehrsstraßen. Kommunen scheitern vielfach bei einer Anordnung von Zebrastreifen in Tempo-30-Zonen an den Genehmigungsbehörden. Laut Straßenverkehrsordnung (StVO) sind sie in Tempo-30-Zonen zwar

„entbehrlich“, was aber nicht bedeutet, dass sie nicht genehmigt werden dürften. Susanne Scherz von der Stuttgarter Straßenverkehrsbehörde empfahl eindeutige Ziele in Fußverkehrskonzepten zu formulieren, die Anordnungsentscheidungen der Genehmigungsbehörden erleichtern können. Zustimmung fand Verkehrsplaner Ralf Kaulen, der eine dringende Änderung der Regelwerke einforderte. Derzeit erarbeiten Vertreter*innen der Bundesländer Vorschläge für eine fußgängerfreundliche Novellierung der StVO, wie Nils Weiland stellvertretend für das Land Bremen berichtete.

Das Potenzial des Fußverkehrs für den Öffentlichen Verkehr wird noch viel zu wenig genutzt, betonte Prof. Helge Hillnhütter von der Technisch-Naturwissenschaftlichen Universität Norwegens in Trondheim. Nach seinen Analysen ist der Weg zu Fuß von und zur Haltestelle zeitlich gesehen im Durchschnitt genauso lang wie die Fahrt im Bus oder der Bahn. In der Wahrnehmung der Kunden prägen diese Fußwege aber 70 Prozent der Erinnerung an das Wegerlebnis. Je angenehmer diese Wegerfahrung, desto längere Fußwege nehmen ÖV-Fahrgäste in Kauf. Das heißt, dass die Betreiber von Bussen und Bahnen ihren Kundenstamm signifikant vergrößern könnten, wenn der Straßenraum fußgängerfreundlicher wird. „Verkehrsbetriebe in ganz Europa können wirtschaftlich von Fußverkehrsförderung profitieren, die noch dazu meist deutlich günstiger als Investitionen in Technologie ist“, sagt Helge Hillnhütter.

„Mein Fazit: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“ schrieb eine Teilnehmerin zum Schluss des zweiten Seminartages. Schritt für Schritt machen sich Politik, Planung und Verwaltung auf den Weg für lebenswerte Städte.



www.difu.de/16114



Dagmar Köhler
+49 30 39001-108
koehler@difu.de

**Dipl.-Geogr.
Uta Bauer**
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Innovative Lösungen für Kommunen und Regionen vorgestellt

Zu den zentralen Herausforderungen der Stadt- und Regionalentwicklung – wie Demographie, Daseinsvorsorge, Innenentwicklung, Vielfalt – wurden im Rahmen einer Veranstaltungsserie zukunftsorientierte Lösungen aus vier Jahren Forschung präsentiert.

„Was macht Kommunen innovativ?“ ist die Kernfrage der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Antworten darauf wurden Ende 2020 in einer Online-Veranstaltungsreihe vorgestellt, in der Projektergebnisse und Lösungsvorschläge für drängende Herausforderungen – Stichwort demografischer Wandel – einer breiten Öffentlichkeit präsentiert wurden. Das Difu begleitete in den letzten vier Jahren 30 Projekte im Rahmen der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ gemeinsam mit dem Hamburger Institut für Raum und Energie wissenschaftlich und konzipierte und moderierte die Workshops.



Die Veranstaltungsreihe zeigte: Interesse und Bedarf an neuen Wegen der Kommunalentwicklung sind groß. Rund 1280 Teilnehmer*innen und 50 Referent*innen diskutierten neue Wege, innovative Werkzeuge und kreative Beteiligungsformen für eine zukunftsgerichtete Kommunalentwicklung. In sechs Veranstaltungen wurden die zentralen Ergebnisse aus vier Jahren transdisziplinärer Forschungsarbeit präsentiert und diskutiert. Kommunale und wissenschaftliche Vertreter*innen der Verbundvorhaben gaben exemplarisch Einblicke in ihre Ergebnisse und die von ihnen entwickelten Instrumente:

- Die Auftaktveranstaltung zeigte, wie es Kommunen noch besser gelingen kann, zu Innovationstreibern der eigenen Entwicklung zu werden – gestützt auf inspirierende Beiträge von Prof. Dr. Harald Welzer, Prof. Dr. Gesine Schwan, Prof. Dr. Dr. Ortwin Renn, Prof. Dr. Stefan Siedentop und Prof. Dr. Uwe Schneidewind.

- Der Workshop „Experimente wagen!“ fokussierte, wie Kommunen und Wissenschaft künftig verstärkt Partnerschaften bilden können, um gemeinsam tragfähige Lösungen zu erarbeiten.
- Im Workshop „Daseinsvorsorge sichern!“ wurden neue Organisations- und Finanzierungsformen zur Sicherung von Infrastruktur und Daseinsvorsorge vorgestellt. Erfolgsfaktoren wurden identifiziert, die es ermöglichen, dass soziale Angebote, technische Infrastrukturen und Mobilitätsangebote auch in strukturschwachen Regionen langfristig verfügbar bleiben.
- Der Workshop „Innen entwickeln!“ zeigte Wege, mit denen Stadtzentren und Ortskerne belebt, bewahrt und weiterentwickelt werden können. Deutlich wurde, dass es dazu u.a. eines starken politischen Willens, Engagements und finanzieller Spielräume bedarf.
- Wie unterstützt eine Kommune Initiativen von Bürger*innen, um gemeinsam lokale Daseinsvorsorge zu sichern und weiterzuentwickeln? Im Workshop „Allianzen bilden!“ wurde diskutiert, wie Kommunen ihren Handlungsspielraum mit neuen Partnern erweitern und wie diese Kooperationen wirkungsvoll werden.
- Der Workshop „Vielfalt leben!“ zeigte, wie insbesondere Kommunen in ländlichen Räumen Vielfalt und Zuwanderung als Chance begreifen und nutzen können, um die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde zu stärken.
- Deutlich wurde, dass der regionale Schulterschluss wichtig ist, um den Herausforderungen wirkungsvoll zu begegnen. Der Workshop „Interkommunal agieren!“ bildete daher den Abschluss der Herbst-Konferenz 2020 und zeigte die Rahmenbedingungen erfolgreicher interkommunaler Zusammenarbeit auf.

Die Vorträge stehen als Videodokumentation auf der Webseite der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ zur Verfügung. Diese bietet zudem einen Überblick und den direkten Zugriff auf die erarbeiteten Lösungen für unterschiedliche kommunale Herausforderungen: Hintergrundberichte, Vertiefungsartikel und vor allem anwendungsfreundliche Handreichungen, Leitfäden und Arbeitshilfen der BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ tragen unmittelbar dazu bei, die Stadt- und Regionalentwicklung innovativer zu gestalten.



www.kommunen-innovativ.de
www.bit.ly/37LZo18



Dr. rer. pol.
Stephanie Bock
 +49 30 39001-189
bock@difu.de

Dipl.-Ing. Jan Abt
 +49 30 39001-206
abt@difu.de

Julia Diringer
 +49 30 39001-283
diringer@difu.de

Kommunale Klimakonferenz 2020 mit vorbildlichen Klimaschutzaktivitäten

Ein Konferenzfilm mit politischen und wissenschaftlichen Statements und der Preisverleihung zum Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2020“ gefolgt von drei Online-Fachforen – die Klimakonferenz 2020 zeigte viele nachahmenswerte Klimaschutz-Aktivitäten.

Die Kommunale Klimakonferenz ist ein wichtiges Event für den fachlichen Erfahrungsaustausch der kommunalen Klimaschutz-Community, zu der Bundesumweltministerium und Difu alljährlich gemeinsam einladen. Im Jahr 2020 ging die Konferenz Corona-bedingt mit neuem Konzept an den Start. Am 26. November 2020 wurde ein eigens produzierter Film im Internet veröffentlicht: Diplom-Meteorologe Sven Plöger führt durch den rund 40-minütigen Konferenzfilm und gibt einen Überblick über aktuelle klimatische Entwicklungen. Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, informiert über Klimapolitik in Corona-Zeiten und gibt die zehn Gewinner im Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2020“ bekannt (Difu-Berichte 4/2020, www.difu.de/16225). Difu-Institutsleiter Prof. Carsten Kühl lenkt in seinem Statement den Blick auf die Rolle der Kommunen im Klimaschutz insbesondere vor dem Hintergrund fehlender Einnahmen in der Corona-Krise.

Ergänzend zum Konferenzfilm fanden vom 30. November bis zum 2. Dezember drei Online-Fachforen statt. Dank Echtzeit-Feedback via Online-Abfrage wurden die insgesamt mehr als 400 Teilnehmenden aktiv in die Formate eingebunden.

Forum 1 befasste sich mit dem Thema „Kommune und Jugend: Klimaschutz gemeinsam gestalten“. Lange Zeit vor der Fridays-for-Future-Bewegung hat die Stadt Bremerhaven das Potenzial der politischen Einbindung von jungen Menschen für den Klimaschutz entdeckt. Till Scherzinger aus dem Umweltamt erläuterte, wie die Etablierung eines Jugendklimarats in Bremerhaven funktionierte. Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung des Projekts präsentierte Isabelle Plewka von der Universität Oldenburg. Die Jugendklimarat-Mitglieder gaben Tipps für die erfolgreiche Einbindung von Jugendlichen vor Ort. Als zentrale Erfolgsfaktoren nannten sie eine tatsächliche Beteiligung an politischen Gremien sowie ein eigenes Budget für Klimaschutz-Projekte. Marc Liedtke berichtete von den Ressourcen, die er als Leiter der Geschäftsstelle des Jugendklimarates im Klimastadtbüro Bremerhaven zur Unterstützung aller Beteiligten einbringt. Umweltdezernentin Dr. Susanne Gatti, hob abschließend die



Foto: Hearts- and Minds/Difu

positive Wirkung des Jugendklimarats auf die Stadtgesellschaft hervor.

Um Tweets und Challenges ging es in Forum 2. Unter dem Titel „Klimaschutz wird öffentlich: Impulse für die (digitale) Klimakommunikation“ reflektierten Kommunikationsexpert*innen und kommunale Praktiker*innen aktuelle Entwicklungen in der Öffentlichkeitsarbeit. Neben Tipps für die Klimakommunikation von Taina Niederwipper vom Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK), gab es einen Blick hinter die Kulissen der CO₂-Challenge der Metropolregion Nürnberg, vorgestellt von Bernd Rothammel, Landratsamt Bayreuth. Ihr Ziel: Privathaushalte für den Klimaschutz motivieren. Eingearbeitet wurden die Impulse zusätzlich von Tatiana Herda Muñoz, Partnerschaft Deutschland.

Der Schwerpunkt von Forum 3: „Kommune und Erneuerbare – Fokus Photovoltaik“ lag vor allem auf kommunalen Photovoltaik-Dachanlagen, die einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende leisten können. Fragen der Teilnehmenden, etwa zu Technik, Recht oder Finanzierung, beantworteten vier Expert*innen aus den Bereichen kommunales Energiemanagement und Bürgerenergiegenossenschaft: Eva Anlauff und Matthias Eidenschink vom Hochbauamt der Stadt Nürnberg; Dr. Thomas Otterbein, Vorsitzender der BürgerEnergie-RheinMain eG und Andreas Fröb vom Energie- und Klimaschutzbüro der Stadt Mörfelden-Walldorf.

Mit der Veranstaltung konnten viele Akteur*innen in den Erfahrungsaustausch treten und Inspiration und Motivation für ihre Projekte mitnehmen.



Konferenzfilm und weitere Infos:
www.bit.ly/3pyVHwc



Ulrike Vorwerk, M.A.
+49 221 340308-17
vorwerk@difu.de

Anna Hogrewe-Fuchs
+49 221 340308-16
hogrewe-fuchs@difu.de

Dipl.-Ing.
Cornelia Rösler
+49 221 340308-18
roesler@difu.de

Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2021“ gestartet!

Vorbildliche Klimaaktivitäten werden belohnt. Bei dem vom Bundesumweltministerium und dem Difu durchgeführten Wettbewerb werden Kommunen ausgezeichnet, die Treibhausgase bzw. Ressourcen einsparen und so effektiv zum Klimaschutz beitragen.

Bis zum 20. April 2021 sind Kommunen dazu eingeladen, sich mit innovativen Vorzeigeprojekten am Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2021“ zu beteiligen. Das Bundesumweltministerium und das Difu prämiieren Projekte aus Städten, Landkreisen und Gemeinden, die das Ziel haben, Treibhausgase bzw. Ressourcen einzusparen und so effektiv zum Klimaschutz beizutragen. Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Bewerbungen sind in folgenden Kategorien möglich:

Kategorie 1: Ressourcen- und Energieeffizienz
Vorbildliche Maßnahmen zur Minderung des Ressourcen- bzw. Energieverbrauchs in Kommunen. Gefragt sind z. B. Projekte in den Bereichen Stadtplanung und -entwicklung, Infrastruktur oder intelligente Vernetzung sowie in der Abfall- und Abwasserwirtschaft, in Industrie- und Gewerbe-

Umweltverbund – ÖPNV, Fahrrad und Fußverkehr – fördern, als auch die private Pkw-Nutzung verringern, um zur Verkehrswende beizutragen. Ebenso gefragt ist die Förderung von klimafreundlichen Antriebstechniken. Gesucht werden z.B. Maßnahmen zur Fahrrad- und Fußverkehrsförderung in der Kommune oder in einzelnen Quartieren, Projekte zur klimafreundlichen Mobilität im ländlichen Raum, zum Mobilitätsmanagement oder Carsharing.

Kategorie 3: Klimaaktivitäten zum Mitmachen
Vorbildliche kommunale Aktionen, um auf kreative Weise auf das Thema Klimaschutz – auch in Kombination mit Klimafolgenanpassung – aufmerksam zu machen und Menschen zur Umsetzung eigener Maßnahmen zu motivieren. Gefragt sind sowohl komplexe Kampagnen als auch einzelne Angebote für interne und externe Zielgruppen.

Sonderpreis: Klimaschutz durch Digitalisierung
Erfolgreiche kommunale Projekte zur Reduktion von Treibhausgasen bzw. Ressourcen durch digitale Lösungen wie beispielsweise umweltgerechte Digitalisierung, digitales Dokumentations- und Prozessmanagement in der Verwaltung, digitale interne und externe Kommunikationsformate, App-basierte Serviceleistungen, Datenmanagement im Klimaschutz und Umweltmanagement (z.B. im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien oder intelligenter Verkehrssteuerung).

Ausgezeichnet werden insgesamt zehn gleichrangige Kommunen – je drei in den ersten drei Kategorien und eine mit dem Sonderpreis. Welche Projekte prämiert werden, entscheidet eine unabhängige Jury, deren Mitglieder aus dem Bundesumweltministerium, dem Umweltbundesamt und den kommunalen Spitzenverbänden kommen.

Zu gewinnen gibt es ein Preisgeld in Höhe von je 25.000 Euro, mit dem die Preisträger ihre Klimaaktivitäten fortsetzen oder neue Klimaschutzmaßnahmen anstoßen. Darüber hinaus erhalten sie Filmclips über ihr ausgezeichnetes Projekt und werden bundesweit bekannt gemacht. Ziel ist es, dadurch möglichst vielen anderen Kommunen Impulse für ihr Engagement im Klimaschutz zu geben und zur Adaption der Projektideen anzuregen.



gebieten sowie zur Sektorenkopplung. Die Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz kann dabei beispielsweise mit technischen, organisatorischen oder sozialen Maßnahmen verbunden sein.

Kategorie 2: Klimafreundliche Mobilität
Integrierte kommunale Projekte, die sowohl den



www.bit.ly/3aOQyeD



Ulrike Vorwerk, M.A.

+49 221 340308-17

vorwerk@difu.de

Anna Hogrewe-Fuchs

+49 221 340308-16

hogrewe-fuchs@difu.de



Anne Eckelmann

unterstützt seit Januar 2021 den Forschungsbereich Umwelt im Themenschwerpunkt „Kommunaler Klimaschutz“. Sie verstärkt dort das Team des „Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz“ am Standort Berlin. Nach einem kulturwissenschaftlichen Studium unterstützte sie die Organisation verschiedener Veranstaltungsformate im Bereich der Kinder- und Jugendbildung. Als ausgebildete Projektmanagerin leitete sie für die „SJD Die Falken“ die Umsetzung eines internationalen Zeltlagers, bevor sie schließlich am Wuppertal Institut Klimaforschungsprojekte begleitete. Am Difu unterstützt sie den Bereich Veranstaltungen als Koordinatorin.

Carina Heinz

ist seit Januar 2021 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Mobilität am Difu-Standort Berlin. Sie betreut vor allem das Webinar-Angebot der „Fahrradakademie“. Nach ihrem Studium der Publizistik und Kommunikationswissenschaften an der Freien Universität Berlin war Frau Heinz als Referentin für Bildungskommunikation und im Marketing tätig. Seit 2001 hat sich Carina Heinz um die Etablierung der Personenbeförderung mit Fahrradtaxen in Deutschland gekümmert und war zuletzt mit der Lastenradlogistik befasst.

Carolin Märker

ist seit Januar 2021 im Team Klimaanpassung und Stadtökologie des Forschungsbereichs Umwelt am Standort Köln tätig. Dort ist sie für das Projekt „Evolving Regions“ verantwortlich, in dem sie mehrere Regionen in NRW bei der Erarbeitung neuer Strategien zur Klimaanpassung unterstützt. Carolin Märker studierte Geschichte und Politikwissenschaften an den Universitäten Mainz und Bonn, ihre Promotion an letztgenannter Uni steht kurz vor dem Abschluss. Sie arbeitete als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Energie- und Klimaforschung des Forschungszentrums Jülich im Bereich Nachhaltigkeit und integriertes Ressourcenmanagement. Dort sammelte sie Erfahrungen zu Dialog- und Beteiligungsverfahren.

Anne-Kathrin Schwarz

verstärkt seit Januar 2021 im Forschungsbereich Umwelt das Team des „Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz“ am Standort Berlin im Projekt- und Wissensmanagement. Nach ihrem dualen Studium der Betriebswirtschaftslehre (B. A.) an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin absolvierte sie ihren Master in Business Ethics und CSR-Management an der TU Dresden/Internationales Hochschulinstitut Zittau. Unter anderem war sie bei der Deutschen Umweltstiftung als Projektreferentin und zuletzt bei Slow Food Deutschland e. V. als Mitarbeiterin in der Kommissions- und Netzwerkbetreuung tätig.

Sophie Werdin

ist seit Dezember 2020 als Referentin für kommunalen Klimaschutz im Forschungsbereich Umwelt tätig und verstärkt am Berliner Standort das Team des „Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz“. Sie studierte Environmental and Resource Management und Environmental Planning in Cottbus, Sheffield und Berlin und ist zudem zertifizierte Stadtnaturführerin. Als freie Umweltpädagogin hat sie für verschiedene Träger Umweltbildungsprogramme konzipiert und umgesetzt und als ASA-Stipendiatin in Georgien Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit gesammelt. Zuletzt arbeitete Sophie Werdin als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität (IKEM) und leitete hier europäische Projekte im Bereich nachhaltige Mobilität und CO₂-arme Logistik.

Jelka Schedlinsky Wickham

war von September 2016 bis Oktober 2020 im Forschungsbereich Umwelt als Referentin im Projekt „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)“ des Bundesumweltministeriums tätig, zunächst als Veranstaltungskoordinatorin und seit April 2019 als Referentin für das Projekt- und Wissensmanagement. Sie war mit Aspekten der kaufmännischen Steuerung und agilen interaktiven Formaten befasst – sowohl in internen Prozessen als auch im vielseitigen Angebot des SK:KK für Kommunen. Zudem moderierte sie Webinare und entwickelte einen Online-Förderlotsen für die Kommunalrichtlinie. Seit Oktober 2020 ist sie für die Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit (KLUG) e.V. als Projektleiterin tätig und verantwortet auch die Finanzen des Vereins.

Abgebildete (v.l.n.r.)

Anne Eckelmann (Foto: Anna-Lena Deuerling), Carina Heinz (Foto: Vera Gutofski), Carolin Märker (Foto: Anna Jolk), Anne-Kathrin Schwarz (Foto: Anna-Lena Deuerling), Sophie Werdin (Foto: Sophie Werdin), Jelka Schedlinsky Wickham (Foto: David Ausserhofer)



Ausgezeichnete Verkehrsplanung in Hamburg Altona

Am 4. Februar 2021 wurde von der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL) e.V. in Kooperation mit dem ökologischen Verkehrsclub VCD der Deutsche Verkehrsplanungspreis 2020 verliehen. „Vom Parkraum zum Freiraum“ lautete das Motto, unter dem innovative, ressortübergreifende Projekte gesucht wurden, die Parkraum erfolgreich zu Aufenthaltsorten umgewandelt haben. Uta Bauer vom Deutschen Institut für Urbanistik war Mitglied in der Jury, die das Gewinner-Projekt „Ottensen macht Platz“ aus Hamburg auswählte. Anerkennung erhielten außerdem zwei weitere Projekte aus Münster und Stuttgart.

➔ www.bit.ly/3povTIB

Eine Frage des Bodens

Die Friedrich-Ebert-Stiftung gedachte am 3. Februar 2021 mit der Veranstaltung „Eine Frage des Bodens – soziale Bodenreform als Schlüssel zu bezahlbarem Wohnen“ dem Wirken von Dr. Hans-Jochen Vogel. Nach einer Einführung durch Martin Schulz, dem Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung, führte die Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold ein Gespräch mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz. Darin ging es um Meilensteine, Herausforderungen und Zukunftsaufgaben auf dem Weg zu einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik. Die Diskussion fand in Berlin statt und wurde aufgezeichnet:

➔ www.fes.de/eine-frage-des-bodens

Difu in Fachkommission der Bundesregierung

Die Fachkommission zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit übergab am 20. Januar 2021 ihren Bericht an die Bundesregierung. Das Papier ist über den Zeitraum von knapp zwei Jahren von 25 Expert*innen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft erarbeitet worden. Difu-Wissenschaftlerin Dr. Bettina Reimann war eine der Expertinnen der Fachkommission. Der Bericht, die Kernbotschaften sowie Material zur Übergabe des Berichts als auch Interviews mit einigen Mitgliedern der Fachkommission sind auf der neuen Website zu finden.

➔ www.bit.ly/2MGlgwa

3. Foto von links: Bundesregierung/Bergmann

Bremer Klimaschutzstrategie

Als Mitglied der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ nahm Difu-Forschungsbereichsleiterin Cornelia Rösler an zwei Veranstaltungen teil: Am 15. Januar 2021 tagte die Enquetekommission zum Themenkomplex Konsum und Ernährung. Die Videokonferenz wurde aufgezeichnet.

Außerdem hielt Cornelia Rösler einen Vortrag zu klimagerechten kommunalen Liegenschaften im Online-Panel „Bremen auf dem Weg zum klimaneutralen Gebäudebestand?“. Die Veranstaltung wurde von der Hochschule Bremen organisiert und war Teil einer Reihe von Panels, die vor dem Hintergrund der Arbeit der Enquetekommission entscheidende Themen der Bremer Klimapolitik behandelten.

➔ www.bit.ly/3ddYw2t

➔ www.bit.ly/37gmZ3u

Nachhaltige Mobilität im europäischen Kontext

Bei der digitalen 2020 Polis Conference – der jährlichen Europäischen Konferenz für Städte und Regionen zu nachhaltiger Mobilität – moderierte Difu-Wissenschaftlerin Dagmar Köhler die Session „Reallocating Space To Promote Active Travel And Create Better Places“. Diskutiert wurden verschiedene Praxisbeispiele – u.a. aus Rom, Edinburgh und Arnhem – zur Umverteilung des Raums als Schlüssel als Schlüssel zu nachhaltiger Mobilität und lebenswerten Städten. Die Konferenz dient dem Austausch und der Vernetzung von Mobilitätsexpert*innen, Praktiker*innen und Entscheidungsträger*innen aus ganz Europa.

➔ www.bit.ly/2YYoH4R

SDG-Indikatoren für Kommunen – und auf internationaler Ebene

Difu-Wissenschaftlerin Dr. Jasmin Jossin hielt anlässlich des internationalen Workshops „How to achieve SDGs through local action“ den Vortrag „SDG indicators for municipalities – a comprehensive monitoring approach from Germany“. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Bocconi-Universität Mailand und dem Journal of Urban Ecology. Im Rahmen der Arbeit an einer Sonderausgabe zum Thema „Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung durch lokale Initiativen“ stellten zahlreiche Expert*innen aus verschiedenen Ländern Beispiele dazu vor.

➔ www.bit.ly/37dx01p

„Bürgerbeteiligung geht smart und digital“

Am 24. November 2020 war Difu-Wissenschaftlerin Dr. Bettina Reimann Podiumsteilnehmerin der Konferenz „Wie gestalte ich digitale Dialoge mit Behörden und Beteiligten?“. Eingeladen von der DialogGesellschaft e.V. gab sie Input zum Themenschwerpunkt „Smart City und Kommunen – Überlegungen zum Stand, den Herausforderungen und den Wirkungen“. Der Fokus lag dabei auf digitaler Beteiligung in der kommunalen Praxis. Bettina Reimann erläuterte, inwiefern Herausforderungen der Kommunikation und Interaktion durch neue Technologien unterstützt und Digitalisierung zu einem Baustein in der Beteiligungskultur werden kann.

➔ www.bit.ly/3tzmIHE

Parkraummanagement für eine nachhaltigere Stadt

Difu-Wissenschaftlerin Martina Hertel zeigte in ihrem Vortrag am 14. Oktober 2020 auf der Konferenz „Knowledge for Change: A decade of Citizen Science in support of the SDGs“, wie durch Beteiligung in der Bevölkerung mehr Akzeptanz für Parkraumpolitik geschaffen werden kann. Im Fokus ihres Beitrages stand das ParkPAD – Parking Policy Audit Tool: Ein Instrument, das Städten hilft, die eigene Parkraumpolitik strategisch auszurichten und nachhaltig zu verbessern. Martina Hertel sprach während der Session „Mobility and renewable energy for sustainable cities and communities“. Die Konferenz fand im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft statt. Dabei standen die Eckpfeiler Beteiligung und Wissen aus der Bevölkerung zum Erreichen der UN-Nachhaltigkeitsziele im Mittelpunkt.

➔ www.bit.ly/3ansGyK

SDGs und Flächennutzung

Das 12. Dresdner Flächennutzungssymposium fand am 5. und 6. Oktober 2020 statt. Difu-Wissenschaftler Oliver Peters hielt am ersten Konferenztag den Vortrag „Monitoring der SDGs auf kommunaler Ebene und die Bedeutung von Flächenindikatoren“. Die Präsentationen des Symposiums sowie ein zugehöriger Sammelband mit einem Fachbeitrag von Oliver Peters und der Difu-Wissenschaftlerin Dr. Jasmin Jossin stehen online zum Nachlesen bereit.

➔ www.bit.ly/2MGIOSK

➔ www.bit.ly/3cQRZKZ



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunal relevante Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen. Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen auf der Difu-Homepage an diese Infos über die Rubrik „Extranet“. Im Berichte-Heft sind Exklusiv-Inhalte mit dem Symbol ★ gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte bzw. -Verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet: ➔ www.difu.de/extranet/

Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören: ➔ www.difu.de/15192

Sollten trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, Probleme mit dem Umgang oder Fragen bestehen, so unterstützt der Bereich Wissensmanagement des Difu gern bei der Herstellung des Zugangs:

Susanne Plagemann, M.A.
+49 30/39001-274
plagemann@difu.de

Kostenfreie Difu-eBooks für Zuwender: Bezugsverfahren vereinfacht

Die Bestellung von Difu-eBooks kann direkt durch Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeitende der Difu-Zuwenderstädte und -verbände erfolgen. Zum Erhalt einzelner kostenloser Downloadcodes müssen daher nicht mehr die Difu-Ansprechpartner*innen der jeweiligen Stadt kontaktiert werden. Zudem mailen wir ab sofort interessierten Difu-Ansprechpartner*innen automatisch einen Code zum kostenfreien Download jeder kostenpflichtigen Difu-Neuerscheinung zu. Wer diesen Service künftig nutzen möchte oder Fragen zu eBooks hat, wendet sich bitte an: vertrieb@difu.de. Details hierzu finden Sie auch auf der Difu-Homepage: ➔ www.difu.de/12544

Veröffentlichungen zum Download

Difu-Berichte 1/2021
➔ www.difu.de/16364

Klimaschutz, erneuerbare Energien und Klimaanpassung in Kommunen
➔ www.difu.de/16344

Corona-Update Kommunalfinanzen: Die Zitterpartie dauert 2021 weiter an
➔ www.difu.de/16338

Parking Standards as a Steering Instrument in Urban and Mobility Planning
➔ www.difu.de/16332

Monitor Nachhaltige Kommune – Bericht 2020
➔ www.difu.de/16324

DStGB-Dokumentation „Kommunen innovativ“
➔ www.difu.de/16323

Studie Lokale Ökonomie BIWAQ
➔ www.difu.de/16327

#Klimahacks No. 7 – Mach Dein Projekt zu solaren Wärmenetzen
➔ www.difu.de/16300

Aktive Bodenpolitik – Fundament der Stadtentwicklung
➔ www.difu.de/16296

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen 2020
➔ ★ www.difu.de/16340

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung 2020
➔ ★ www.difu.de/16341

Mit On-Demand-Angeboten ÖPNV-Bedarfsverkehre modernisieren
➔ www.difu.de/16282

Vom Stadtbau zur städtischen Transformationsstrategie
➔ www.difu.de/16357

Klimaschutz & Ressourceneffizienz
➔ www.difu.de/16245

Planerische Machbarkeitsstudien zur Umsetzung blau-grün-grau gekoppelter Infrastrukturen in Berlin
➔ www.difu.de/16244

Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge und Videos

Und sie regt sich doch!
Kultur in Zeiten der Pandemie
➔ ★ www.difu.de/16314

400.000 Literaturhinweise in der ORLIS-Datenbank der Kommunal-literatur

Im Februar verzeichnete die Difu-Literaturdatenbank ORLIS ihren 400.000 Eintrag. Die seit den 70er-Jahren bestehende und ständig wachsende Datenbank des Difu enthält Nachweise zu zu allen kommunalen Sachgebieten. Zu finden sind neben Fachbüchern auch Hinweise auf Zeitschriftenartikel, Aufsätze, Dissertationen, Forschungsberichte und Graue Literatur – also Schriften, die über den Buchhandel nicht erhältlich sind. Hierzu gehören auch Veröffentlichungen, die Kommunen herausgebracht haben. Viele Publikationen liegen auch als Volltext vor. Für Zuwender des Difu ist die gesamte Literaturdatenbank ORLIS uneingeschränkt kostenfrei nutzbar. Sie ist über das Login mit Passwort oder automatisch über das städtische Netz zugänglich.

Die Sammlung der Difu-Veröffentlichungen – das Difu-Repository – sowie die Datenbanken zu den Sammelgebieten Radverkehr sowie Kinder- und Jugendhilfe sind für alle Interessierten nutzbar.

Wir freuen uns, wenn Sie uns auf interessante Veröffentlichungen (Gutachten, Pläne, Programme etc.) aus Ihrer Kommune aufmerksam machen. (dokumentation@difu.de)

➔ ★ <https://repository.difu.de/jspui/>



Presseresonanz – das Difu in den Medien

Nachfolgend eine Auswahl von Beiträgen, in denen das Difu erwähnt wurde – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungs-nennungen. Die Links führen zu den Beiträgen.

SR 2, Der Morgen, 26.2.2021 Ideen gegen die Verödung der Innenstädte

Selbst wenn das Ende des Lockdowns schnell kommen sollte, werden die Menschen in Deutschland mit „dezimierten Innenstädten“ leben müssen. Im Gespräch mit SR-Moderatorin Sonja Marx spricht Prof. Dr. Carsten Kühl über Herausforderungen für Handel und Politik.
➔ www.bit.ly/3knHueY

Deutschlandfunk Kultur, Studio 9, 23.2.2021

Wenn es der Markt nicht regelt – Lösungen gegen die Wohnungsnot

Die Frage nach Wohnraum wird – besonders in Großstädten – immer mehr zur sozialen Frage. Nach drei Jahren hat die Bundesregierung eine Zwischenbilanz der Wohnraumoffensive gezogen. Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold im Interview.
➔ www.bit.ly/3pO9yhC

SWR2 Wissen, 22.2.2021

Immobilien als Ware – Wohnungsmärkte außer Kontrolle

Leerstand, Geldwäsche, Luxusapartments – Immobilien sind seit der Finanzkrise 2008 lukrative Spekulationsobjekte, Grund und Boden Betongold. Darunter leiden Bürger*innen: Mieten steigen, Grundstücke sind überbeuert, in Großstädten wie Stuttgart und München bezahlbaren Wohnraum zu finden, ist fast unmöglich.
➔ www.bit.ly/37lhomF

Süddeutsche Zeitung, 20.2.2021 Nur stagnierende Einwohnerzahl entspannt Wohnungsmarkt nicht

Berlins stagnierende Einwohnerzahl hat aus Expertensicht nicht automatisch positive Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt. Ricarda Pätzold vom Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin rechnet nicht damit, dass er sich allein dadurch entspannt.
➔ www.bit.ly/3aMQLin

Das Tor zur urbanen Zukunft

Die Digitale Transformation der Stadt

Dr. Jens Libbe vom Deutschen Institut für Urbanistik beantwortet im Interview Fragen zur digitalen Transformation der Stadt. Er erläutert, was sich hinter dem Begriff verbirgt, wie die Digitalisierung den Stadtraum formt und warum sich gerade der Verkehr in der Smart City verändern wird.
➔ www.bit.ly/3dODInO

NDR Info, Redezeit, 18.2.2021

Muss es Grenzen für Bauland geben?

Jahr für Jahr werden gewaltige Flächen zubetoniert. Wie viel Grund und Boden soll noch für Wohnungsbau versiegelt werden? Ist es richtig, dass Kommunen immer neues Bauland ausweisen? Darüber diskutierte Difu-Wissenschaftlerin Dr. Stephanie Bock mit anderen Expert*innen.
➔ www.bit.ly/3dJ3STK

Tagesspiegel online, 26.1.2021

Bürger wünschen sich mehr autofreie Zonen

Die Mehrheit fühlt sich als Fußgänger zwar sicher, knapp die Hälfte hätte aber laut Tagesspiegel-Umfrage gerne autofreie Straßenzüge.
➔ www.bit.ly/3qQZuFD

DEMO online, 25.1.2021

Was Kommunen trotz Corona für den Klimaschutz tun

Kommunen können durch strategische Bodenpolitik die verloren gegangene Handlungsfähigkeit sowie Gestaltungsoptionen für die Stadtentwicklung zurückgewinnen. Dies zeigt eine neue Studie, die das Difu in Kooperation mit 14 deutschen Städten durchführte.
➔ www.bit.ly/3bF81v

WDR 3, Kultur am Mittag, 22.1.2021

Homeoffice: Zukunft oder nur Krisenmanagement?

Die Corona-Pandemie hat es möglich gemacht: Homeoffice ist zur Normalität geworden. Doch wie geht es weiter, irgendwann nach der Pandemie? Die Vermischung von Privat und Arbeit in der eigenen Wohnung scheint tatsächlich Zukunft zu haben, so Experten.
➔ www.bit.ly/3uox8oJ

Bayerische Staatszeitung, 20.1.2021 Bodenpolitik für Kommunen Schlüssel- instrument der Stadtentwicklung

Kommunen können durch eine strategische Bodenpolitik die verloren gegangene Handlungsfähigkeit sowie Gestaltungsoptionen für die Stadtentwicklung zurückgewinnen. Dies zeigt eine neue Studie, die das Difu in Kooperation mit 14 deutschen Städten durchführte.
➔ www.bit.ly/3byMNsJ

Süddeutsche Zeitung, 1.1.2021 In der Vergeßlichkeitsfalle

Die Corona-Krise zeigt, wie verletzlich Deutschlands Kommunen sind. Doch sie trifft arme Städte anders als reiche – zum Beispiel Gera und Coburg. "Die Schere zwischen armen und reichen Städten wird sich weiter öffnen.", beklagt Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl.
➔ www.bit.ly/3qQ8jQ5

radioeins, Die Sonntagsfahrer, 20.12.2020 Lastenräder: Zukunft der Logistik?

Immer mehr Lastenräder sind auf den Straßen zu sehen. Neben ihrer Praktikabilität im privaten Gebrauch, könnten sie künftig auch im Lieferverkehr eine wichtige Rolle spielen, sagt Difu-Wissenschaftler Thomas Stein, der in München an einem Pilotprojekt beteiligt war, bei dem LKWs durch Lastenräder ersetzt wurden.
➔ www.bit.ly/3qUFMc8

Bayerischer Rundfunk, Gut zu wissen, 19.12.2020

Sicher Radfahren

Willi Weitzel fragt diese Woche nach, wie Radfahren sicherer werden kann. Tempo 30 für Autos und freie Sicht an Kreuzungen sind für Dagmar Köhler vom Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin zwei wichtige Instrumente, um Radfahrende besser zu schützen.
➔ www.bit.ly/3bDWXzh

Frankfurter Rundschau, 18.12.2020 Abschied von der Auto-Stadt

Wer gern zu Fuß durch die Straßen geht, wird in Deutschland noch viel zu oft stiefmütterlich behandelt. Es braucht eine Verkehrswende.
➔ www.bit.ly/2OXrxVV

ARD, Tagesthemen, 9.12.2020 Arbeiten im Home-Office

Ein Kommentar von Uta Bauer, Forscherin des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), zum Arbeiten im Home-Office und mögliche Auswirkungen auf Mobilität und Umwelt.
➔ www.bit.ly/3shMo4G

